



DESI – Institut für
Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration

Dr. Frank Gesemann, Alexander Seidel

Entwicklung und Dynamik städtischer Engagementlandschaften für Geflüchtete

Ergebnisse einer Befragung von Willkommensinitiativen

Berlin, Juni 2019

DESI-Schriftenreihe Nr. 1

Entwicklung und Dynamik städtischer Engagementlandschaften für Geflüchtete
Ergebnisse einer Befragung von Willkommensinitiativen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung und Zusammenfassung	4
Ablauf und erreichte Stichprobe der Online-Befragung.....	8
Ergebnisse der Befragung zu lokalen Engagementlandschaften	11
a) Ziele, Ressourcen, Kooperations- und Vernetzungserfahrungen	11
b) Entwicklungsdynamik und Selbstverständnis	18
c) Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche	30
<i>Gelingensbedingungen</i>	<i>30</i>
<i>Hindernisse</i>	<i>32</i>
<i>Gewünschte Unterstützung</i>	<i>35</i>
<i>Beispiele guter Praxis für Kooperation und Vernetzung in der Kommune</i>	<i>37</i>
<i>Anregungen, Ideen und Wünsche der Initiativen</i>	<i>40</i>
Ausblick.....	44
Literatur und Studien zum Weiterlesen	46
Anhang: Fragebogen	48

Vorbemerkung und Zusammenfassung

Das Engagement für Geflüchtete hat in Deutschland durch die enorme Zuwanderung von Asylsuchenden und Geflüchteten im Spätsommer 2015 einen besonderen Schub bekommen. Nahezu flächendeckend entstanden und erstarkten zivilgesellschaftliche Initiativen, Freundes- und Helferkreise sowie andere Unterstützungsangebote, die in vielen Kommunen einen unverzichtbaren Beitrag für den Prozess des Ankommens und die Integration von Geflüchteten leisteten und leisten (siehe insbesondere Schiffauer et al. 2017; 2018). Auch außerhalb solcher organisierten Strukturen setzen sich viele Menschen auf verschiedenen Wegen für Geflüchtete ein. Mit ihrer Unterstützung, aber auch der vermittelnden Rolle in die Gesellschaft, die diese Engagierten einnehmen, bilden sie einen wichtigen Baustein für den sozialen Zusammenhalt vor Ort (vgl. Gesemann et al. 2019a). Der veränderte öffentliche Diskurs zum Themenfeld Migration und Integration verdeckelt, dass es nach wie vor einen festen Kern von Engagierten gibt und in den letzten Jahren neue Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements entstanden sind.

Diese Entwicklung hat einen Boom von Studien zum Engagement großer Bevölkerungsteile für Geflüchtete ausgelöst. Inzwischen liegen eine Reihe zumeist quantitativer Studien zu Motiven, soziodemografischen Merkmalen und Aktivitätsschwerpunkten freiwillig Engagierter (vgl. insbesondere Alensbach 2017, Karakayali/Kleist 2015; 2016), den Einstellungen und Haltungen in der Bevölkerung gegenüber Geflüchteten (vgl. Ahrens 2017; DIW 2016, 2017; SVR 2018; Zick/Preuß 2019) sowie zum sozialen Zusammenhalt in Ländern, Regionen und Städten vor (vgl. Arant et al. 2017; Gesemann et al. 2019a). Allerdings mangelt es an Studien, die die strukturellen und organisationalen Dimensionen des freiwilligen Engagements für Geflüchtete, die Aktivitäten und Strategien von Initiativen und sozialen Gruppen in den Blick nehmen, sowie an vergleichenden Analysen, die die Relevanz lokaler Bedingungen aufzeigen und dabei auch auf die Unterschiede zwischen Bundesländern, Städten oder Stadtteilen eingehen (vgl. Karakayali 2018).

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen“ hat das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung untersucht, wie sich lokale Engagementlandschaften für Geflüchtete in den letzten Jahren (weiter) entwickelt haben, ob und in welchen Formen sich das Engagement verstetigt hat und welche Vernetzungen zwischen Initiativen und anderen, insbesondere kommunalen Akteuren entstanden sind. Die Studie wurde im Zeitraum September 2017 bis April 2019 durchgeführt. Sie umfasst Recherchen und qualitative Interviews zu insgesamt zwanzig deutschen Groß- und Mittelstädten sowie vertiefende Vor-Ort-Erhebungen in vier Untersuchungsorten (Berlin, Dortmund, Leipzig, Nürnberg). Die qualitativen Erhebungen wurden im Sommer/Herbst 2018 durch eine standardisierte Online-Befragung zivilgesellschaftlicher Akteure zur Entwicklung und Institutionalisierung des Engagements in der lokalen Flüchtlingshilfe ergänzt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass in vielen Großstädten spätestens seit dem „Sommer der Migration“ im Jahr 2015 eine neue Engagement- und Initiativenlandschaft zur Unterstützung von Geflüchteten entstanden ist, die sich seitdem dynamisch den veränderten Bedarfen und Rahmenbedingungen angepasst hat. Vielerorts hat sich ein fester Kern von Initiativen und organisierten Engagierten gebildet, die sich zu lokalen Expert*innen im Themenfeld Flucht und Integration entwickelt haben und meist in lokale Integrationsnetzwerke eingebunden sind. Die Entwicklung von Willkommensinitiativen wird stark von lokalen Spezifika und Strukturen der kommunalen Integrationspolitik geprägt. In Städten, in denen eine Verstetigung erreicht werden konnte, lag dies an begünstigenden Faktoren wie z.B.

der Existenz von Stadtteil- und Kultureinrichtungen als Kristallisationsanker des Engagements sowie an lokalen Engagement- und Kooperationskulturen, die den Engagierten Mitgestaltungs- und Verstärkungsmöglichkeiten eröffneten.

Die vorliegende Publikation dokumentiert die zentralen Ergebnisse der Online-Befragung und ergänzt damit den Abschlussbericht zum Projekt (vgl. Gesemann/Seidel/Mayer 2019). Mit dieser Sonderveröffentlichung möchten wir die außergewöhnliche Beteiligung von Initiativen an der Umfrage würdigen, die sich insbesondere in den vielen ausführlichen Antworten auf die offenen Fragen zu „Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche“ widerspiegelt. Die Antworten auf die Fragen nach Gelingensbedingungen, Hindernissen, Unterstützungsbedarfen, Beispielen guter Praxis sowie Anregungen, Ideen und Wünsche der Initiativen vermitteln aussagekräftige und vielfältige Einblicke in lokale Engagementlandschaften. Der Bericht soll zudem einem besonderen wissenschaftlichen Informationsbedarf in diesem Themenfeld Rechnung tragen, da es bislang keine vergleichbaren Untersuchungen zu den organisationalen Formen und Entwicklungsdynamiken des Engagements für und mit Geflüchteten gibt, das sich seit dem Spätsommer 2015 insbesondere in deutschen Städten entfaltet hat. Erste Zwischenergebnisse der Befragung wurden bereits am 28. September 2018 im Rahmen eines Workshops in der Ulme 35 – Raum für Kunst, Kultur und Begegnung (Interkulturanstalten Westend e.V.) vorgestellt und mit Vertreter*innen von Willkommensinitiativen und Unterstützungsnetzwerken sowie Einrichtungen der kommunalen Ehrenamts- und Flüchtlingshilfekoordination diskutiert.

An der Online-Befragung zu lokalen Engagementlandschaften im Spätsommer/Herbst 2018 haben sich 137 Willkommensinitiativen aus 47 Städten beteiligt. Diese repräsentieren 7.500 aktive Mitglieder und ein interessiertes, mobilisierungsfähiges Umfeld von noch einmal 17.000 Personen. Von den erreichten Willkommensinitiativen entfallen 54 Prozent auf Metropolenkerne (Großstädte mit mehr als 500.000 Einwohner*innen) sowie 38 Prozent auf kleinere und mittlere Großstädte (100.000 bis unter 500.000 Einwohner*innen). Insgesamt verteilen sich die erreichten Initiativen entsprechend der Bevölkerungsstruktur und des Engagements für Geflüchtete über das gesamte Bundesgebiet. Auch wenn die Grundgesamtheit der Willkommensinitiativen in Deutschland nicht bekannt ist, gehen wir davon aus, dass wir in den Großstädten eine sehr gute Ausschöpfungsquote von Initiativen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, erreicht haben.

Die Ergebnisse der Online-Befragung spiegeln den jungen Charakter einer sich dynamisch verändernden Engagementlandschaft wider: 80 Prozent der Initiativen sind in den Jahren 2013 bis 2016 entstanden. 39 Prozent der Initiativen sind als Vereine eingetragen, 36 Prozent informelle Gruppen, 15 Prozent Arbeits- oder Initiativgruppen im Rahmen bestehender Strukturen wie Kirchengemeinden oder Wohlfahrtsverbänden. Bei fünf Prozent der Initiativen handelt es sich um Netzwerke und Zusammenschlüssen von Personen oder Organisationen. 43 Prozent der Initiativen verfügen über vergütete Stellen, meist befristete Teilzeitstellen, die durch Bundesfreiwillige und Honorarkräfte ergänzt werden. Ihre finanzielle Situation ist zumeist prekär, auch wenn sie vielfach auf Angebote und Ressourcen anderer Akteure zurückgreifen können.

Die Initiativen entfalten ein vielfältiges Spektrum an Aktivitäten und Angeboten in der Flüchtlingshilfe. Diese reichen von Angeboten zum Erlernen der deutschen Sprache und die Unterstützung bei behördlichen Angelegenheiten über die Unterstützung von lokalen Flüchtlingsunterkünften und der Integration von Geflüchteten in den Wohnungsmarkt bis zur rechtlichen Beratung von Geflüchteten und das politische Engagement für Flüchtlingsrechte. Im Vordergrund stehen die soziale Integration und Teilhabe von Geflüchteten, Angebote der persönlichen Begleitung von Geflüchteten wie Lotsen-, Mentoren und Patenprogramme sowie zum Empowerment und zur Weiterbildung der freiwillig Engagierten,

die Kommunikation mit Politik und Verwaltung sowie die Mitgestaltung der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik.

Trotz der Herausforderungen durch restriktivere politische Rahmenbedingungen und das eingetrübte gesellschaftliche Stimmungsbild zeigt sich das organisierte Engagement in der Flüchtlingshilfe im Kern stabil, auch wenn sich lokal und regional sehr unterschiedliche Entwicklungsdynamiken zeigen. Während zwei Drittel der Initiativen ihre Dynamik und Arbeitsfähigkeit als „stabil“ oder „wachsend“ bewerten, werden diese von einem Drittel als „schrumpfend“ oder „gefährdet“ eingestuft. Merkmale dieses Wandels sind der Rückgang der allgemeinen Engagementbereitschaft, die Diffundierung des Engagements in die private Sphäre (insbesondere durch Patenschaften und Mentoring), der Wandel des Aufgabenfeldes durch veränderte Bedarfe von Geflüchteten und die Ausweitung öffentlicher Regelangebote.

Die Initiativen sehen sich selbst vor allem als „Gemeinschaft Gleichgesinnter“ und als „Teil einer sozialen Bewegung“. Sie verfolgen das Ziel, die Gesellschaft mitzugestalten, Geflüchtete zu stärken und Ehrenamtliche zu unterstützen. Viele Engagierte möchten „bestehende Angebotslücken schließen“, „die Arbeit kommunaler/staatlicher Stellen verbessern“ und „innovative Projekte entwickeln“. Ein Hinweis auf Institutionalisierungsprozesse ist der Wunsch, sich „als Initiative im Stadtteil zu verankern“ oder „als Projektträger zu etablieren“. Bemerkenswert ist die hohe Bedeutung, die die Initiativen der Vernetzung und Kooperation mit anderen Akteuren in der Kommune zuschreiben: Die Zusammenarbeit mit anderen lokalen Initiativen, mit Stadtverwaltung, Ämtern und Behörden bewerten 95 Prozent der Befragten als sehr wichtig oder wichtig.

Während eine Mehrheit der Initiativen, die über Kooperationsbeziehungen zu den unterschiedlichen Akteuren verfügen, das Verhältnis als „reibungslos“ bezeichnet, zeigen sich in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sowie Ämtern und Behörden häufiger Probleme. Diese werden umso häufiger berichtet, je größer die Städte sind. Die Aktivitäten der Kommune zur Anregung, Begleitung und Koordinierung des Engagements für Geflüchtete werden aber von einem Drittel der Befragten als sehr unterstützend und einem weiteren Drittel als eher unterstützend wahrgenommen. Nur sieben Prozent der Initiativen nehmen die Aktivitäten der Kommunen als weniger oder gar nicht unterstützend wahr. Im Vergleich zu Bund und Ländern werden Kommunen als sehr viel unterstützender erlebt.

Als *Erfolgsfaktoren* des Engagements für Geflüchtete bewerten die Initiativen vor allem Austausch und Vernetzung sowie die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in der Kommune. Von großer Bedeutung sind zudem das ehrenamtliche Engagement sowie die finanzielle Unterstützung durch Stiftungen sowie von Land, Bezirk und Kommune. Auch die Unterstützung durch hauptamtliche Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden, Vereinen oder Initiativen tragen zum Erfolg der Arbeit bei. Die Offenheit der Kommunen und der politische Wille zur Integration stellen ebenfalls wichtige Bedingungen dar.

Entscheidende *Hindernisse* für eine erfolgreiche Arbeit von Willkommensinitiativen stellen vor allem Probleme mit Behörden und eine intransparente sowie frustrierende Bürokratie dar. Etwa jede vierte Initiative berichtete in ihrer Antwort auf diese offene Frage von Schwierigkeiten in diesem Bereich. Insbesondere im Asylverfahren und im Umgang mit Ausländerbehörden entstehen deutliche Spannungen, aber nicht nur hier werden Behörden- und Verwaltungsprozesse meist als zu bürokratisch, intransparent und unflexibel wahrgenommen.

Die Initiativen berichten über vielfältige *Unterstützungsbedarfe*. Gewünscht werden vor allem effizientere, flexiblere und transparentere Abläufe in Verwaltung und Behörden, aber auch die Verbesserung von Zugängen zu finanziellen Fördermöglichkeiten sowie flexiblere Bewilligungen und längere

Förderzeiträume. Die meisten Förderprogramme sind offenbar nicht ausreichend, um den dynamischen und spezifischen Bedarfen der Initiativen zu entsprechen und wirken vielen Verstetigungs- und Professionalisierungspotenzialen entgegen.

Gute Praxisbeispiele für Kooperation und Vernetzung werden von den Initiativen vor allem mit einer gelebten Kooperationskultur, effektiven Vernetzungsstrukturen und Engagement fördernden Strukturen in der Kommune verbunden. Verwiesen wird vor allem auf Koordinierungsstellen für Flüchtlingsarbeit, etablierte Strukturen in der Engagementförderung und der kommunalen Integrationspolitik. Hervorgehoben werden zudem Anerkennung und Wertschätzung des Engagements, Kommunikations- und Beteiligungsformate sowie eine „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“.

Die *Anregungen und Wünsche* der Initiativen beziehen sich auf übergreifende Fragen der Integration, der Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Zusammenhalt. Gewünscht werden eine Verbesserung der Integration und Teilhabe von Geflüchteten, eine Optimierung staatlicher Strukturen und Leistungen sowie die Kommunikation von Beispielen guter Praxis und gelungener Integration. Gefordert werden zudem eine bedarfsorientierte und zielgruppenübergreifende Hilfe für Menschen in Not sowie ein Verzicht auf Abschiebungen vor allem gut integrierter Geflüchteter.

Die Ergebnisse der Online-Befragung zeigen, dass die Entwicklungsdynamik lokaler Engagementlandschaften und die Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen durch eine strategisch ausgerichtete kommunale Engagement- und Integrationspolitik gefördert werden kann, die den Eigensinn und die Beteiligungsansprüche der Engagierten anerkennt und respektiert, Zugänge zu Fördermöglichkeiten bietet und eine Verankerung im Stadtteil fördert sowie die Erfahrungen und Kompetenzen der Initiativen in die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik systematisch einbezieht.

Ablauf und erreichte Stichprobe der Online-Befragung

Um die qualitativen Ergebnisse aus den Untersuchungsstädten unserer Studie durch quantitative und geographisch darüber hinausgehende Aussagen zu ergänzen sowie Anregungen und Hinweise auf Einflussfaktoren und Beispiele guter Praxis aus möglichst vielen Städten zu erhalten, haben wir eine onlinebasierte Befragung als Querschnittserhebung unter zivilgesellschaftlichen Akteuren in der Unterstützung von Geflüchteten in deutschen Großstädten durchgeführt. Die Befragung richtete sich an „Willkommensinitiativen“ im Sinne zivilgesellschaftlicher Zusammenschlüsse, Organisationen oder Projekte, die sich in den vergangenen Jahren gegründet oder neu aufgestellt haben, um insbesondere die in diesem Zeitraum neu nach Deutschland gezogenen Geflüchteten zu unterstützen. Der Zeitraum der Befragung lag zwischen dem 29. August und 31. Oktober 2018 und damit etwa drei Jahre nach dem „Willkommenssommer“ 2015, der in besonderem Maße zur Gründung neuer Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten geführt hat.

Die Befragung umfasst 30 Fragen zu Struktur, Entwicklungsdynamik, Ressourcen, Zielen, Selbstverständnis, Kooperations- und Vernetzungserfahrungen sowie zu lokalen Erfolgsfaktoren und Praxisbeispielen (siehe Anhang). Der Fragebogen konnte online beantwortet oder alternativ schriftlich als PDF-Formular oder postalisch übermittelt werden. Insgesamt konnten für die hier dargestellte Auswertung vollständige Antworten von 137 Initiativen aus 47 Städten berücksichtigt werden.¹ Dieser Rücklauf spiegelt die Motive, Erfahrungen und Wünsche von nach eigenen Angaben etwa 7.500 aktiven Mitgliedern dieser Initiativen sowie einem interessierten, mobilisierungsfähigen Umfeld von noch einmal rund 17.000 Personen wider.

Verbreitung und Rücklauf der Online-Befragung

Die Verbreitung der Online-Befragung erfolgte auf drei verschiedenen Wegen:

- Zunächst konnten über 300 in deutschen Großstädten aktive Initiativen direkt per E-Mail kontaktiert werden, die online – oft über lokale und regionale Netzwerke oder Portale – recherchiert werden konnten.
- Darüber hinaus wurden „Multiplikatoren“ angeschrieben, um unser Anliegen an ihnen in ihrer Stadt bekannte Willkommensakteure weiterzuleiten. Dazu gehörten vor allem Flüchtlingsräte, Ehrenamtsagenturen und Integrationsbeauftragte aus allen deutschen Großstädten.
- Schließlich wurden bisherige Gesprächs- und Kooperationspartner aus den 20 Untersuchungsstädten unserer Studie gebeten, in ihren Städten auf die Befragung aufmerksam zu machen. Insbesondere in den vier vertiefenden Untersuchungsstädten konnten wir dabei auf die Unterstützung lokaler Akteure aus der Engagementlandschaft zurückgreifen, von denen auch Anmerkungen in die Finalisierung des Fragebogens aufgenommen werden konnten.

Da es sich nicht um eine Individualbefragung, sondern um einen an Organisationen gerichteten Fragebogen handelte – noch dazu mit dem Fokus auf die 80 deutschen Großstädte, in denen jeweils nur eine übersichtliche Anzahl an Initiativen aktiv ist –, ist die mögliche zu befragende Grundgesamtheit begrenzt. Gleichzeitig ist die Zielgruppe zivilgesellschaftlicher Willkommensinitiativen nicht leicht zu

¹ Einige Rückmeldungen, die über die dargestellte Zielgruppe zivilgesellschaftlicher Willkommensinitiativen hinausgehen, können zwar interessante Hinweise auf lokale Rahmenbedingungen liefern, wurden für die quantitativen Auswertungen aber ausgeschlossen.

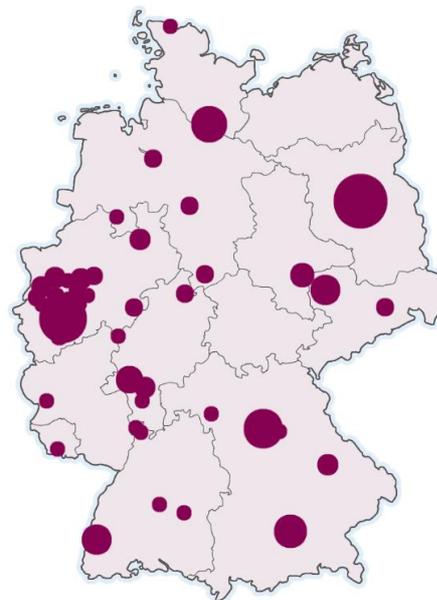
erreichen, haben die Ehrenamtlichen in ihrem Alltag doch meist andere Sorgen, als auch noch die (oft regelmäßigen) Anfragen von externen Interessierten aus der Wissenschaft zu bearbeiten. Rückmeldungen von einzelnen Akteuren, dass sie keine Kapazitäten für solche Anfragen haben oder von einer Weiterleitung absehen, bestätigen das und sind verständlich. Dennoch konnte die angestrebte Zielmarke von insgesamt 120 bis 150 Initiativen erreicht werden; nicht jedoch das Ziel, in allen unseren vier Vertiefungsstädten eine hohe Zahl der Kernakteure zu erreichen, um die qualitativen Ergebnisse durch quantitative Vergleiche zu ergänzen.²

Beschreibung der erreichten Initiativen

Insgesamt bilden die in die Auswertung eingeflossenen Initiativen einen breiten Querschnitt durch die Engagementlandschaften ab, wie sie heute in vielen Städten vorzufinden sind. Die Akteure reichen von informellen Nachbarschaftskreisen und Flüchtlingshilfe-Vereinen über Projekte aus Kirchengemeinden oder Nachbarschaftseinrichtungen, Begegnungscafés, Patenschaftsprojekte, Beratungsangebote, aktivistisch geprägte Initiativen der Antirassistischen Bewegung, Support-Gruppen für queere Geflüchtete oder politische Arbeitskreise bis hin zu breit aufgestellten Initiativen aus dem Bildungs- oder Kulturbereich und Sozialunternehmen. Die Grenzen innerhalb dieses „Raumes von Engagierten für und mit Geflüchteten“ verlaufen fließend, sodass sich nicht immer klar beschreiben lässt, wo zivilgesellschaftliche Willkommensinitiativen enden und wo kommunales Handeln beginnt. Das wesentliche Kriterium für die Berücksichtigung von Befragten in unserer Auswertung war, dass eine Gruppe, Organisation oder ein Projekt überwiegend durch ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement geprägt ist (auch wenn es beispielsweise kommunal oder durch einen Wohlfahrtsverband oder einen anderen Träger unterstützt oder koordiniert wird) bzw. ob eine Organisation in jüngster Zeit aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative hervorgegangen ist (worunter beispielsweise einzelne Willkommensinitiativen zählen, die als informelle Gruppen oder Projekte gestartet sind, sich aber inzwischen soweit institutionalisiert haben, dass sie – mit mehreren Mitarbeiter*innen ausgestattet – hauptamtlich geprägt sind).

Insgesamt verteilen sich die erreichten Initiativen entsprechend der Bevölkerungsverteilung und Engagementbereitschaft gleichmäßig über ganz Deutschland (vgl. *Abbildung 1*), allerdings wurden nur zwölf Initiativen aus ostdeutschen Bundesländern (außer Berlin) erreicht: aus Leipzig, Dresden und Halle/Saale. Dagegen spiegeln 45 Initiativen aus Nordrhein-Westfalen, also fast ein Drittel der Gesamtstichprobe, die Bevölkerungsdichte, aber wahrscheinlich auch die Einwanderungsgeschichte und die breit aufgestellte Integrationspolitik dieses Bundeslands wider. Schwerpunkt und Zielgruppe der Befragung waren Willkommensinitiativen aus deutschen Großstädten: 46 erreichte Initiativen sind in den Millionenstädten Berlin, Hamburg, München und Köln aktiv und 52 in kleineren Großstädten mit

Abbildung 1: Verteilung der erreichten Initiativen in Deutschland



² Aus Berlin konnten Rückmeldungen von 17 Initiativen berücksichtigt werden, aus Nürnberg neun, aus Leipzig sechs und aus Dortmund zwei.

einer Bevölkerung zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner*innen, womit sich statistisch sinnvolle und verwertbare Unterscheidungen im Vergleich nach Stadtgröße durchführen lassen. Ebenso können zwischen den Initiativen Gruppenvergleiche nach einzelnen Eigenschaften wie dem Grad ihrer Institutionalisierung bzw. Rechtsform durchgeführt werden, um verschiedene Arten von Initiativen miteinander zu vergleichen.

Tabelle 1: Anzahl der befragten Initiativen nach Bundesländern und Stadtgröße

<i>Nach Bundesländern</i>		<i>Ost- und Westdeutsche Bundesländer</i>	
Nordrhein-Westfalen	45	Ost	12
Bayern	21	West	108
Berlin	17	Berlin	17
Hessen	12		
Baden-Württemberg	10	<i>Nach Einwohnerzahl der Stadt³</i>	
Sachsen	8	Unter 100.000	10
Hamburg	8	100.000 bis 200.000	16
Niedersachsen	6	200.000 bis 500.000	36
Andere	10	500.000 bis 1 Million	28
insgesamt	137	über 1 Million	46

³ Eine überregional aktive Initiative konnte keiner bestimmten Stadt zugeordnet werden.

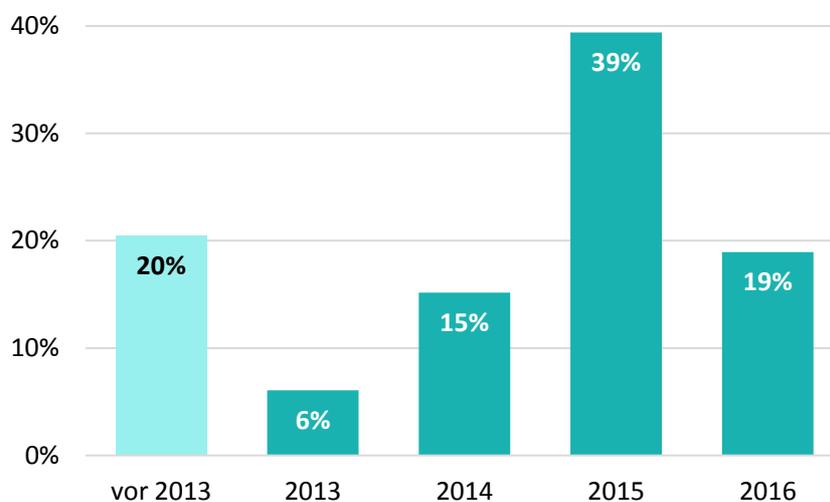
Ergebnisse der Befragung zu lokalen Engagementlandschaften

a) Ziele, Ressourcen, Kooperations- und Vernetzungserfahrungen

Die Ergebnisse unserer Online-Befragung spiegeln den jungen Charakter der Engagementlandschaft für Geflüchtete wider. 80 Prozent der befragten Initiativen sind im Zeitraum 2013 bis 2016 gegründet worden, 58 Prozent allein in den Jahren 2015 und 2016 (vgl. *Abbildung 2*). 65 Prozent der Initiativen sind seit ihrer Gründung in der Flüchtlingshilfe⁴ aktiv und beinahe alle seit dem Jahr 2013.

Abbildung 2: Gründungsjahr der Initiativen

Frage: Wann wurde Ihre Initiative gegründet?



Eigene Darstellung, DESI 2018

Das Engagement für Geflüchtete hängt offenbar eng mit einem übergreifenden Engagement für Menschen mit Einwanderungsgeschichte zusammen. Für etwas mehr als 80 Prozent der Initiativen ist das Engagement für die Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. Zwei Drittel der Initiativen setzten sich überwiegend für die Belange von Geflüchteten ein und etwas mehr als die Hälfte für die von Menschen von Migrationshintergrund. Etwas mehr als ein Viertel der Organisationen versucht gezielt, Migrant*innen bzw. Geflüchtete als Mitglieder zu gewinnen und bei sieben bzw. fünf Prozent der Organisationen sind die Mitglieder überwiegend Menschen mit Migrationshintergrund bzw. Geflüchtete (vgl. *Tabelle 2*).

⁴ Unter Flüchtlingshilfe verstehen wir jegliche Form der Hilfe und Unterstützung für Geflüchtete.

Tabelle 2: Engagement für und mit Menschen mit Fluchtgeschichte und/oder Migrationshintergrund

Fragen: Welche der folgenden Aussagen in Bezug auf Geflüchtete / Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund) treffen auf Ihre Initiative oder Organisation zu? (Mehrfachnennungen)

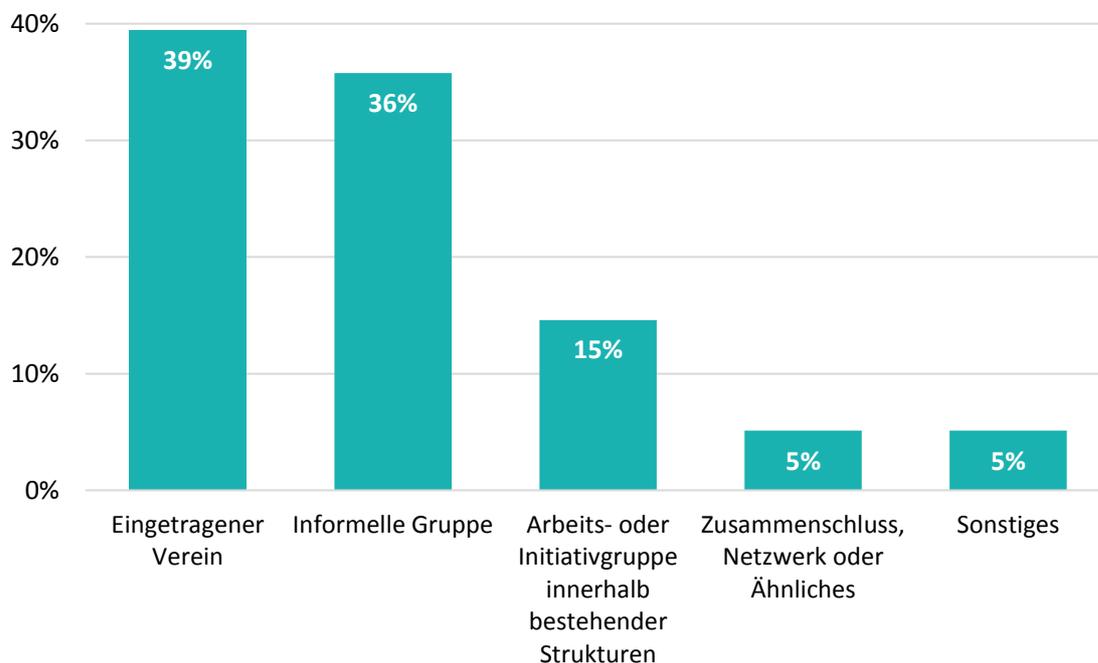
	absolut	in Prozent
Das Engagement für Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ist ein Bestandteil unserer Arbeit.	111	81 %
Unsere Organisation setzt sich überwiegend für die Belange von Geflüchteten ein.	90	66 %
Unsere Organisation setzt sich überwiegend für die Belange von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund) ein.	77	56 %
Unsere Organisation versucht gezielt, Migrantinnen und Migranten als Mitglieder zu gewinnen.	38	28 %
Unsere Organisation versucht gezielt, Geflüchtete als Mitglieder zu gewinnen.	35	26 %
Unsere Mitglieder sind überwiegend Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund).	10	7 %
Unsere Mitglieder sind überwiegend Geflüchtete.	7	5 %

Eigene Darstellung, DESI 2018

Die dynamische und heterogene Engagementlandschaft in der Flüchtlingshilfe zeigt sich auch in den Antworten auf die Fragen nach Rechtsform, Gemeinnützigkeit und Vernetzung. 39 Prozent der Initiativen sind eingetragene Vereine, 36 Prozent informelle Gruppen, 15 Prozent Arbeits- oder Initiativgruppen innerhalb bestehender Strukturen wie Kirchengemeinden oder Wohlfahrtsverbänden und bei fünf Prozent der erreichten Akteure handelt es sich um Netzwerke oder Zusammenschlüsse von Initiativen, Projekten, Organisationen oder engagierten Einzelpersonen (vgl. *Abbildung 3*). 50 Prozent der Initiativen sind zudem mittlerweile als gemeinnützig anerkannt.

Abbildung 3: Rechtsform der Initiativen

Frage: Welche Rechtsform hat Ihre Initiative (Gruppe, Helferkreis, Organisation etc.)?



Eigene Darstellung, DESI 2018

Die Initiativen in der Flüchtlingshilfe sind vielfach gut vernetzt, sowohl im Stadtteil als auch auf kommunaler Ebene. Ein Drittel der Initiativen ist Mitglied in einem Verband; sie sind zumeist an Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände (z.B. Mitglied im Paritätischen) oder Teil von themenbezogenen Zusammenschlüssen. Bei der Frage nach der Verbandszugehörigkeit zeigt sich eine starke Differenzierung nach der Rechtsform der Organisationen: 17 Prozent der informellen Gruppen, 36 Prozent der eingetragenen Vereine und 52 Prozent der Netzwerke, Aktionsgemeinschaften und sonstigen Organisationen sind Mitglied in einem Verband. Eine deutliche Mehrheit der Initiativen ist – unabhängig ihrer Rechtsform – auch auf lokaler Ebene gut vernetzt: 76 Prozent aller befragten Akteure sind Mitglied in einem Netzwerk oder Zusammenschluss auf lokaler/städtischer oder auch auf überlokaler Ebene, beispielsweise in Initiativen- oder Stadtteilnetzwerken oder anderen Gremien vor Ort.

„Wir sind Mitglied von ‚Willkommenskultur Köln‘, was wiederum das unorganisierte Dach aller Stadtteilinitiativen ist. Außerdem mitwirkend am AK Politik, wo Flüchtlingsinitiativen gemeinsam mit Vertretern von Stadt, Land und Bund Lösungswege erarbeiten“ (Willkommen in Ehrenfeld, Köln).

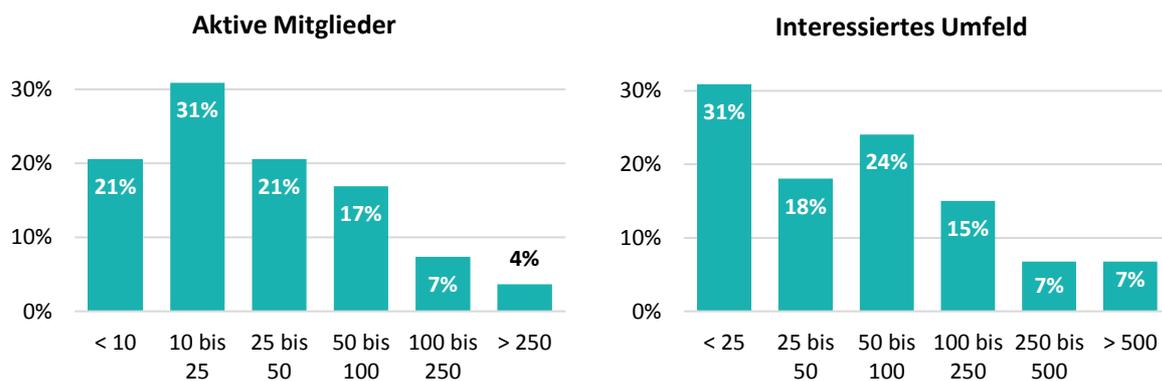
„Das Netzwerk ‚Willkommenskultur Köln‘ ist ein Zusammenschluss von in der Flüchtlingsarbeit aktiven Vereinen und Willkommensinitiativen, die sich in direkter Nachbarschaft der Flüchtlingsunterkünfte in Köln gebildet haben und sich in Kooperation mit den hauptamtlichen Beratungsstellen für Flüchtlinge engagieren“ (Flüchtlingsinitiative Heimat und Zuflucht in Esch/Auweiler, Köln).

Die befragten Initiativen repräsentieren einen aussagekräftigen Ausschnitt der lokalen Engagementlandschaft für Geflüchtete in deutschen Städten. Etwas mehr als die Hälfte der Initiativen hat zwischen zehn und 50 Aktive im Bereich der Flüchtlingshilfe, etwa jede fünfte besteht aus weniger als zehn Aktiven und jede vierte Initiative aus 50 bis 250 Aktiven. In Einzelfällen (4 %) berichten Initiativen von mehr als 250 Aktiven. Das interessierte bzw. mobilisierungsfähige Umfeld, d.h. Personen, die unregelmäßig Aufgaben übernehmen, Angebote durchführen oder an Veranstaltungen teilnehmen, umfasst noch einmal etwa doppelt so viele Personen. Bei vier von zehn Initiativen reicht das Umfeld von 25 bis 100 Personen. Bei jeweils drei von zehn Initiativen liegt es entweder unter 25 Personen oder (weit) über 100 Personen (vgl. *Abbildung 4*).

Die 137 Initiativen, die sich an der Online-Befragung beteiligt haben, dürften damit etwa 7.500 Aktive in der Flüchtlingshilfe und ein interessiertes/mobilisierungsfähiges Umfeld von rund 17.000 Personen repräsentieren.

Abbildung 4: Aktive Mitglieder und interessiertes Umfeld der Initiativen

Fragen: (1) Wie viele Aktive hat Ihre Initiative im Bereich der Flüchtlingshilfe? (2) Wie groß ist darüber hinaus das interessierte/mobilisierungsfähige Umfeld? (Personen, die nur unregelmäßig Aufgaben übernehmen, Angebote durchführen oder an Veranstaltungen teilnehmen)

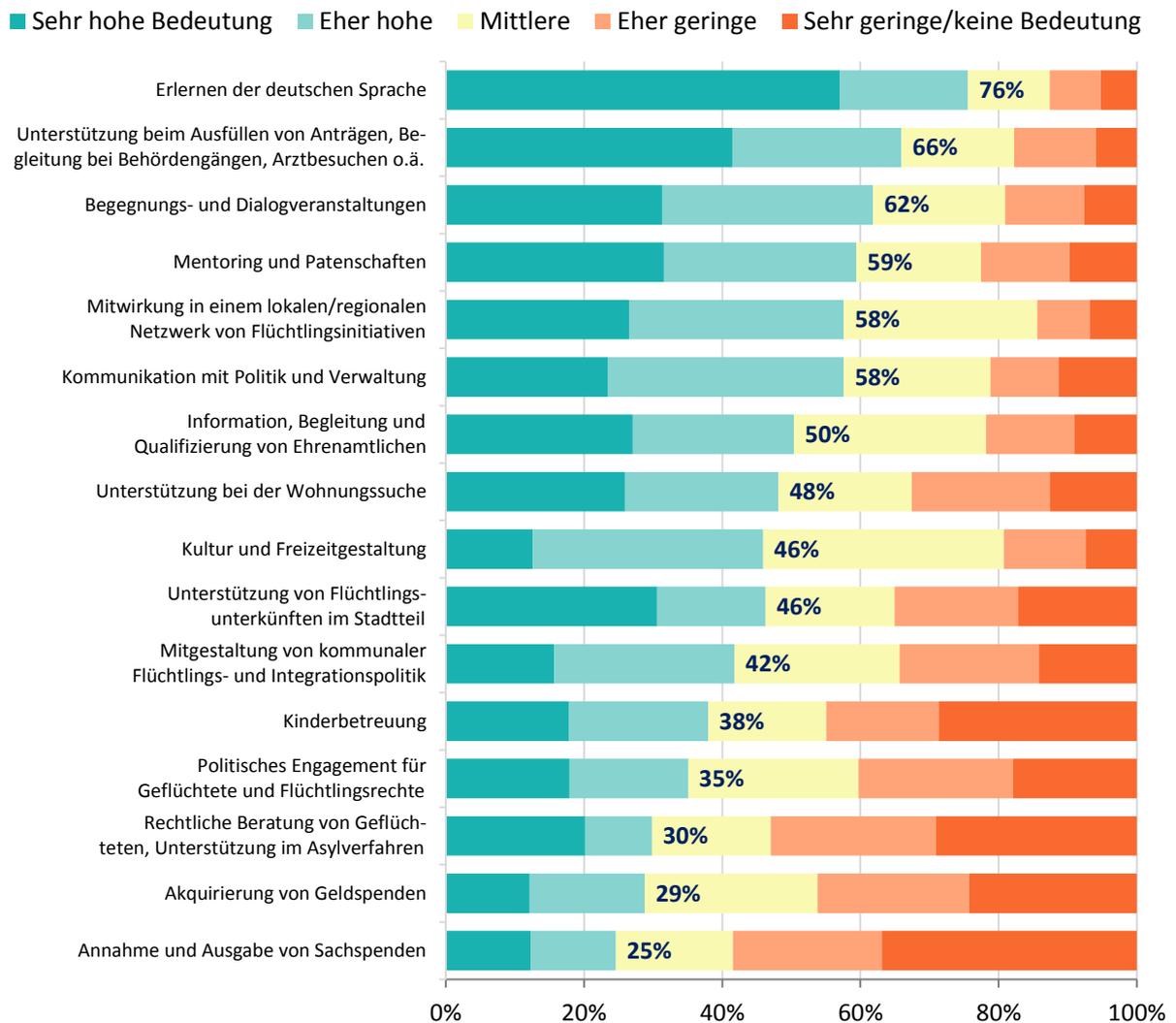


Eigene Darstellung, DESI 2018

Die Initiativen und Organisationen entfalten ein buntes Kaleidoskop von Aktivitäten und Angeboten in der Unterstützung von Geflüchteten. Dieses reicht von Angeboten zum Erlernen der deutschen Sprache über Unterstützung bei der Wohnungssuche bis zur rechtlichen Beratung von Asylsuchenden. Zu den Aktivitäten und Angeboten mit der insgesamt höchsten Bedeutung (Angabe von „sehr hoher“ oder „eher hoher“ Bedeutung) gehören Erlernen der deutschen Sprache (76 %), Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen/Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen (66 %) sowie Begegnungs- und Dialogveranstaltungen (62 %). Von eher mittlerer Bedeutung sind beispielsweise Information, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen (50 %), Unterstützung bei der Wohnungssuche (48 %) oder Angebote der Kultur und Freizeitgestaltung (46 %). Zu den Aktivitäten von vergleichsweise eher geringer Bedeutung gehören beispielsweise die rechtliche Beratung von Geflüchteten (30 %), die Akquirierung von Geldspenden (29 %) oder Annahme und Ausgabe von Sachspenden (25 %). Diese Gewichtung verdeutlicht den Wandel im Spektrum der Herausforderungen für viele Willkommensinitiativen in den vergangenen Jahren – vom „Bauen von Betten“ hin zum „Bauen von Brücken“ und einer weitreichenden Unterstützung im Integrationsprozess. Im Detail zeigen sich sehr differenzierte Ergebnisse:

Abbildung 5: Bedeutung von verschiedenen Aktivitäten und Angeboten für die Initiativen

Frage: Welche Bedeutung haben die folgenden Aktivitäten und Angebote für die Arbeit Ihrer Initiative?



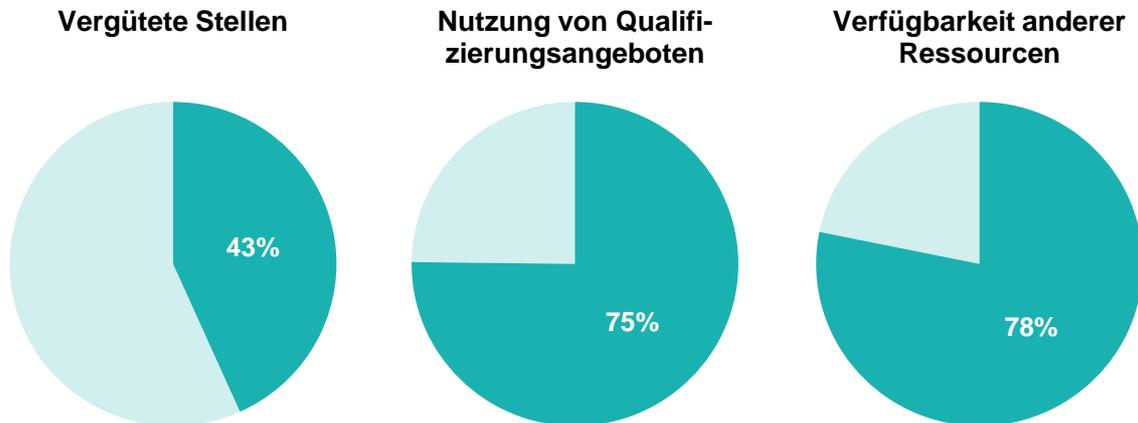
Eigene Darstellung, DESI 2018

Insgesamt zeigen die Antworten, dass Angebote einer persönlichen Begleitung und Unterstützung von Geflüchteten (Erlernen der deutschen Sprache (57 %), Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen/Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen (41 %), Mentoring und Patenschaften (32 %) am häufigsten eine *sehr* hohe Bedeutung beigemessen wird, während das z.B. beim politischen Engagement für Geflüchtete und der Mitgestaltung von kommunaler Flüchtlings- und Integrationspolitik deutlich seltener der Fall ist (18 % bzw. 16 %). Der Mitwirkung in einem lokalen oder regionalen Netzwerk von Flüchtlingsinitiativen und Helferkreisen sowie der Kommunikation mit Politik und Verwaltung misst nur etwa jede*r vierte Befragte eine sehr hohe Bedeutung zu (27 % bzw. 23 %).

Aktivitäten und Aufgaben der Initiativen in der Flüchtlingshilfe sind anspruchsvoll und vielfältig. Wie aber sieht es mit den Ressourcen der Initiativen aus? Verfügen sie über vergütete Stellen, z.B. für Geschäftsführung oder Koordination, nutzen sie Qualifizierungsangebote zur Weiterbildung und Qualifizierung ihrer aktiven Mitglieder und können sie auf Ressourcen von Nachbarschaftseinrichtungen, Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden zurückgreifen? Über vergütete Stellen verfügen 43 Prozent

der Initiativen – Aufgaben der Koordination und Verwaltung werden also weiterhin zumeist rein ehrenamtlich geleistet. In vielen Fällen handelt es sich zudem um befristete Teilzeitstellen (überwiegend eine halbe Stelle), die durch Honorarkräfte und Bundesfreiwillige ergänzt werden.

Abbildung 6: Ressourcen der Initiativen im Bereich Flüchtlingshilfe



Eigene Darstellung, DESI 2018

„Unsere Aktionsgemeinschaft wird von der evangelischen Kirchengemeinde in finanzieller Hinsicht unterstützt. Das Gemeindebüro verwaltet die Spendengelder sowie Ein- und Ausgaben. Ansonsten sind wir über die Kirche versichert und dürfen teilweise Räumlichkeiten nutzen. Alle anderen Tätigkeiten, auch die Organisation der Gruppe sowie die Öffentlichkeitsarbeit werden ehrenamtlich geführt“ (Willkommen in Weiche, Flensburg).

„Wir sind auf private Spenden angewiesen. Wir könnten locker drei Hauptamtliche (oder mehr) einstellen, wenn wir das finanzieren könnten. Zurzeit haben wir eine Teilzeitstelle im Büro und arbeiten mit Bufdis“ (Be an Angel e.V., Berlin).

„Es gibt eine Viertelstelle im Bezirksamt, die hauptberuflich als Ansprechpartnerin und Koordinatorin für die Ehrenamtlichen fungiert. Die Stelle vermittelt zwischen Amt und Ehrenamt und erleichtert die Kommunikation zu den lokalen Behörden“ (Willkommen in Ehrenfeld, Köln).

Die Initiativen können eine Vielzahl von Qualifizierungsangeboten nutzen, wobei Weiterbildungen, Schulungen und Workshops zu den Themen Asyl- und Migrationsrecht, Deutsch als Fremdsprache, Lotsen- und Mentoren-Schulungen, interkulturelle Kompetenzen und Rassismus am häufigsten genannt werden. Die Angebote werden von verschiedenen Trägern und Initiativen angeboten, u.a. von Kommunen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen, Freiwilligenzentren oder Flüchtlingsräten. Die Angebote stehen in ausreichender Zahl zur Verfügung und werden häufig gewürdigt, scheinen aber nicht immer bedarfsgerecht zu sein.

*„Angebote des Flüchtlingsrates (z.B. zum Asylrecht), Koop-Veranstaltungen mit der regionalen Beratungsstelle, Qualifizierung durch externe Referenten für unsere Sprachlehrer*innen, Coaching für das Leitungsteam“ (Asylkreis Inden).*

„Unsere Initiative hat ein Mentoren-Projekt. Bevor die Mentoren tätig werden, werden sie an zwei Samstagen von uns geschult“ (Willkommen im Severinsviertel, Köln).

„Es besteht eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten und der Flüchtlingskoordinatorin des Bezirks, die uns Angebote aller Art weiterleiten; enge Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat und Austausch mit anderen Gruppen“ (Pankow hilft, Berlin).

„Die Koordinierungsstelle für Geflüchtete der Freiwilligen-Agentur bietet mehr als genügend weiterbildende Seminare für die Betreuung von geflüchteten Menschen durch Ehrenamtliche an“ (Initiativgruppe Café Amal der ev. Kirchengemeinde St. Briccius, Halle/Saale).

„Es gibt eine Unzahl von Weiterbildungsangeboten. Diese stellen wir unseren Helfer/innen zur Verfügung. Es besteht sehr geringe Nachfrage. Die zentralen Fragen und Probleme werden meist nicht erfasst, sind den Organisatoren selbst oft auch nicht zugänglich. ‚Was brauchen die Geflüchteten wirklich?‘, ‚Warum kommen viele nicht zu den Angeboten (Deutsch)?‘, ‚Wie kann bei offenen Angeboten vermittelt werden, dass die Teilnahme zwingend notwendig ist?‘ u.v.m. ‚Wir‘ brauchen eine Feldforschung, die einzelne Aktivitäten ... aktiv begleitet und aus diesen konkreten Beobachtungen allgemeine Schlüsse zieht, die u. U. Handlungshinweise geben. Grundsätzlich sind unsere Helfer/innen an der Unterstützung interessiert. Rentner wollen ihr im Beruf erworbenes Wissen und Können nochmals zur Verfügung stellen (senior experts), Berufstätige wollen keinen neuen Beruf erlernen, da ihr berufliches Fortkommen im Vordergrund steht“ (Flüchtlingsinitiative Schlierberg, Freiburg).

Mehr als drei Viertel (78 %) der befragten Initiativen geben an, auf externe Ressourcen zurückgreifen können, beispielsweise von (Wohlfahrts-)verbänden oder Nachbarschaftseinrichtungen. Sie profitieren dabei vor allem von engen Kooperationsbeziehungen zu anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Verbänden und können so Wissen und Expertise, Informationskanäle, Schulungen und Angebote sowie Räumlichkeiten mitnutzen, finanzielle Ressourcen beantragen oder diese Möglichkeiten schlicht für die Einrichtung eines Spendenkontos nutzen. Für Beratungs- und ähnliche Unterstützungsleistungen können Initiativen zudem an die Angebote von anderen Trägern und Fachdiensten verweisen.

„Wir arbeiten im Stadtteilzentrum, nutzen also die vorhandenen Ressourcen und stellen sie auch anderen Initiativen zur Verfügung“ (Frei-Zeit-Haus e.V., Berlin).

„Wir können die Räume der Nachbarschaftsetage und des Baumhauses benutzen, wir suchen aber ständig nach Räumen und finanzieller Unterstützung für Werbung und Schulungen“ (AG Patenschaften von Wedding hilft, Berlin).

„Innerhalb unseres Ausbildungsprogrammes für die Mitglieder, die in die Beratung der Flüchtlinge gehen möchten, haben wir in der Vergangenheit oft mit anderen Einrichtungen zusammengearbeitet, die uns ihre Arbeit vorgestellt haben und über verschiedene Themen gesprochen haben“ (Refugee Law Clinic, München).

„Wir verweisen häufig Klient_innen an Stellen mit mehr rechtlicher und dem Bedarf angepasster Expertise, zum Beispiel an Streetwork-Organisationen oder rechtliche Beratungsstellen. Allerdings stoßen auch diese Organisationen oft an ihre fachlichen, finanziellen und personellen Grenzen“ (Medi-netz Leipzig e.V.).

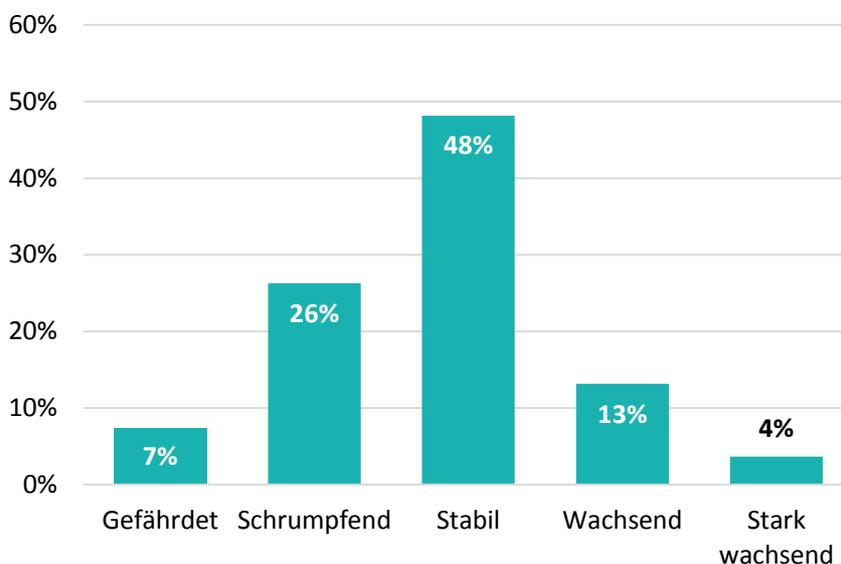
b) Entwicklungsdynamik und Selbstverständnis

Seit der Hochphase der Zuwanderung von Geflüchteten und der damit verbundenen hohen Zahl neu entstandener Initiativen sind inzwischen einige Jahre vergangen, in denen sich das Selbstverständnis und die Arbeitsweisen der Initiativen oft genauso schnell gewandelt haben wie die Anforderungen, denen sie gegenüberstehen. Viele weitere Rahmenbedingungen, nicht zuletzt wiederkehrende strukturelle Hürden (vgl. *Abschnitt c: „Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche“*) und die stark gesunkene öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung der Thematik, haben dazu geführt, dass sich Motivationen der Ehrenamtlichen verändern – einerseits heute nur noch wenige neue Menschen zur Unterstützung von Geflüchteten dazu stoßen und andererseits bereits Engagierte ihren Antrieb aufrechterhalten müssen, häufig auch verlieren oder sich neue Motivationsquellen erschließen.

Trotz dieser Herausforderungen erweist sich das Engagement auch drei bis vier Jahre nach seinem Höhepunkt in großen Teilen als stabil. Zum Zeitpunkt der Befragung im Herbst 2018 bewertete knapp die Hälfte (48 %) der Initiativen ihre Dynamik und zukünftige Arbeitsfähigkeit als konstant; 17 Prozent sehen eine wachsende Entwicklung. Auf der anderen Seite berichtet ein Drittel der Initiativen von einer abnehmenden Dynamik: 26 Prozent bezeichnen diese als „schrumpfend“, sieben Prozent sehen die Arbeit ihrer Initiative sogar als „gefährdet“ an.

Abbildung 7: Entwicklungsdynamik der befragten Initiativen (Selbsteinschätzung)

Frage: Wie würden Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Dynamik und zukünftige Arbeitsfähigkeit Ihrer Initiative bewerten?



Eigene Darstellung, DESI 2018

Bundesweit wird berichtet, dass die Zahl der Ehrenamtlichen insgesamt abnimmt, während die Anforderungen an die Aufgabenfelder für Willkommensinitiativen steigen. Der quantitative Rückgang des Ehrenamts verläuft jedoch vielerorts auch parallel zu einem Rückgang der Zahl der für die Initiativen erreichbaren Geflüchteten – zudem gibt es nun mehr öffentliche Regelangebote, die einen Teil ehrenamtlicher Angebote ersetzt haben. Klar wird auch, dass ein „harter Kern“ vieler Initiativen unter diesen Rahmenbedingungen konstant und produktiv tätig bleibt und sich viele Angebote und Projekte von Initiativen fest etablieren konnten. Für die Entwicklung neuer Projekte fehlen aber oft die Kapazitäten.

Eine weitere Entwicklungslinie ist die zunehmende Bedeutung individueller und persönlicher Kontakte auf freundschaftlicher Basis zwischen Geflüchteten und Unterstützer*innen aus Willkommensinitiativen, sodass zuvor im Rahmen von Willkommensinitiativen organisierte direkte Unterstützungsleistungen in diese private Sphäre diffundieren.

Wenn Initiativen von einer wachsenden Dynamik berichten, dann beispielsweise, weil sich aktive Einzelpersonen „reinhängen“ und neue Angebote auf die Beine stellen, für die es in manchen Fällen dann auch gelingt, neue Mitstreiter*innen zu gewinnen. In anderen Fällen resultiert die steigende Dynamik aus der Politisierung einiger Initiativen, die dann im Bereich politischer Lobbyarbeit eine neue Dynamik entfalten.

Ausgewählte Erläuterungen zur Frage: „Wie würden Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Dynamik und zukünftige Arbeitsfähigkeit Ihrer Initiative bewerten?“⁵

„Die Anzahl der Ehrenamtlichen nimmt ab, aber die verbleibenden Helfer sind konstruktiv und stabil tätig“ (Flüchtlingshilfe Angermund, Düsseldorf).

„Es ist auffällig, dass es schwerer wird, Ehrenamtliche zu finden, die in der Initiative mitmachen wollen. Dieser Eindruck wurde auch schon oft von anderen Initiativen, die im gleichen Bereich arbeiten, bestätigt. Wir haben den Eindruck, dass das Thema Geflüchtete und damit auch die Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft nicht mehr so präsent ist wie noch 2015 und 2016“ (Uni für Alle e.V., Freiburg).

„Unsere Angebote haben sich aber fest etabliert und werden weiterhin kontinuierlich angenommen. Leider ist es uns mangels neuer ehrenamtlicher Mitarbeiter aber kaum noch möglich, neue Angebote auf die Beine zu stellen. Das ist sehr sehr schade!“ (Willkommen in Weiche, Flensburg).

„Im Übrigen hat sich die Hilfe ‚individualisiert‘. Es sind Patenschaften, manchmal sogar Freundschaften entstanden, so dass sich unsere Helfer_innen um Familien kümmern und sie bei den notwendigen Dingen des Alltags unterstützen (Arztbesuche, Wohnungssuche, Kontakt zu Behörden, Suche von KiTa- und Schulplätzen...)“ (Willkommen in Longerich, Köln-Longerich).

„Die Arbeit des ‚harten Kerns‘ der UnterstützerInnen (ca. 25 Personen) hat sich in den bisherigen drei Jahren derart stabilisiert, dass eine verlässliche und kontinuierliche Arbeit auch weiterhin erfolgen wird. Die Fluktuation ist gering, wenige Ausscheidende werden nahtlos durch neue Personen ersetzt, oft mittlerweile auch durch jüngere Menschen. Sie ist in Bremen aber nach Aussage des Ehrenamtskoordinators die einzige Unterstützerguppe, die eine derart funktionierende und nachhaltige Arbeit leistet. Gründe hierfür u.a.: Tolle und engagierte Personen, ein sich Wohlfühlen in der Gruppe anhand des Umgangs miteinander, Pflege des inneren Zusammenhalts durch gemeinsame Aktivitäten (Fahrradtouren, gemeinsame Essen u.a.), professionelle Koordination der Arbeitsgruppen, Kontaktpflege zu anderen Organisationen sowie Sichtung und Zurverfügungstellung von Informationen, Fortbildungsveranstaltungen u.ä., vierwöchiges Treffen in großer Runde und eine hervorragende Zusammenarbeit mit dem hauptamtlichen Betreuersteam der Einrichtung – eine Vorzeigeeinrichtung in Bremen“ (Unterstützerguppe Übergangswohnheim Corveystraße, Bremen).

⁵ Auswahl aus nachträglich erbetenen Rückmeldungen aus dem März 2019.

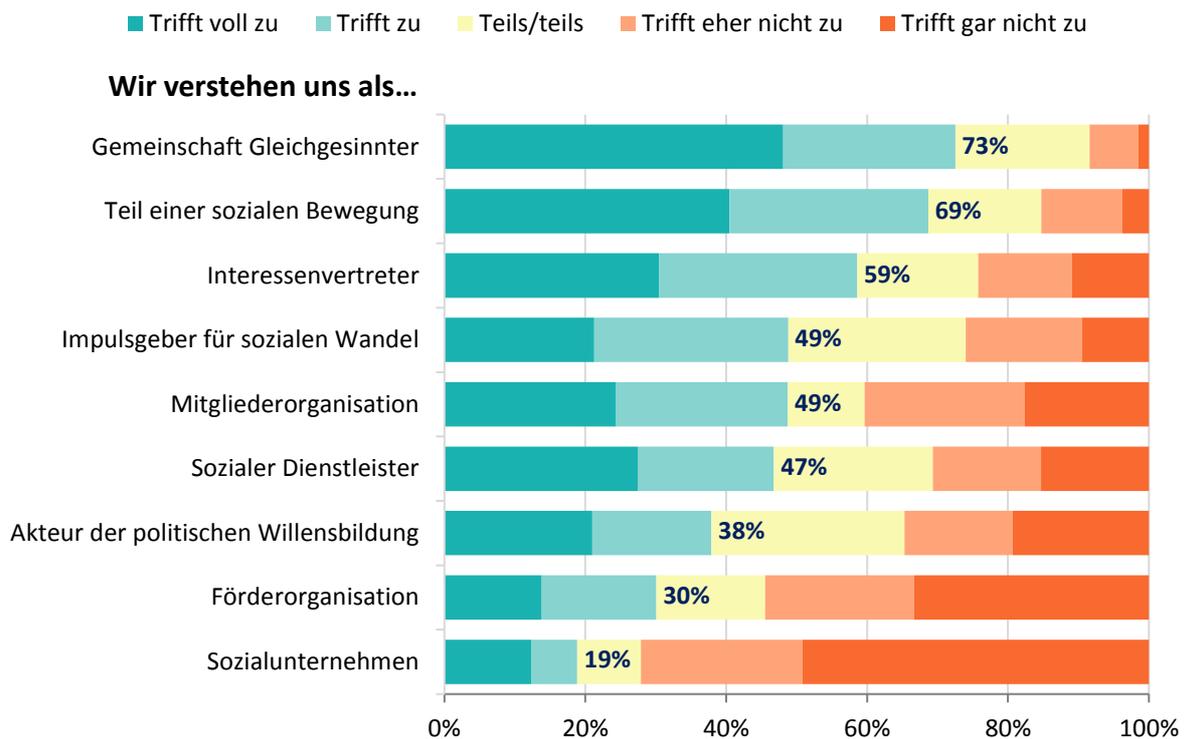
„Wir sind stabil und etabliert, inzwischen auch im lokalen Umfeld gut vernetzt. Unsere Arbeitsfähigkeit ist gut, wir sind klein und können flexibel auf sich verändernde Bedarfe reagieren. Dabei haben wir verschiedene Kompetenzen und Charaktere an Bord – und die Chemie stimmt, das ist auch ein wichtiger Faktor für unseren Erfolg“ (Willkommen in Duisburg-Hochfeld).

„Der Helferkreis existiert nicht mehr (teilweise bis zu 20 Helfer seit 2015). Die ehrenamtlichen Sprachkurse wurden nicht mehr gebraucht, Geflüchtete hatten ‚professionellere‘ Angebote gefunden, wegen Arbeit keine Zeit mehr bzw. einige sind in andere Gemeinschaftsunterkünfte oder Wohnungen gezogen. Für drei Familien konnten wir Wohnungen in unserem Stadtteil finden, zu diesen Familien besteht auch weiter individueller Kontakt der Helfer. [...] Dazu kommen persönliche Veränderungen bei den Ehrenamtlichen, zum großen Teil Seniorinnen (Enkel, Krankheit, eigene Familie...) sowie eine allgemeine Erschöpfung sind auch Gründe, warum das Engagement allgemein stark nachgelassen hat“ (Helferkreis Wiesbaden Auringen).

Im wissenschaftlichen Diskurs wird diskutiert, ob das große Engagement für Geflüchtete der letzten Jahre die Kriterien einer „sozialen Bewegung“ erfüllt und als solche bezeichnet werden kann (vgl. u.a. Hamann 2017, Karakayali 2017). Für viele Willkommensinitiativen scheint diese Frage längst beantwortet zu sein, denn mit über zwei Dritteln (69 %) versteht sich die Mehrheit der Engagierten selbst als Teil einer sozialen Bewegung (vgl. *Abbildung 8*). Zum zentralen Kern des Selbstverständnisses gehört darüber hinaus für 73 Prozent das gemeinsame Engagement mit Gleichgesinnten. Deutlich seltener folgt diesem Selbstverständnis ein aktiver politischer Veränderungsanspruch, denn als „Impulsgeber für sozialen Wandel“ und „Akteur der politischen Willensbildung“ sehen sich mit 49 bzw. 38 Prozent deutlich weniger Initiativen. In der Rolle eines Interessenvertreters sehen sich 59 Prozent, in der eines sozialen Dienstleisters 47 Prozent der Initiativen. Als „Sozialunternehmen“ verorteten sich nur die wenigsten der befragten Akteure.

Abbildung 8: Selbstverständnis der befragten Organisationen

Frage: Wie würden Sie das Selbstverständnis Ihrer Organisation beschreiben?



Eigene Darstellung, DESI 2018

Alles in allem werden hier sehr verschiedene Selbstwahrnehmungen sichtbar, die vor allem der gemeinsame Einsatz für Geflüchtete und eine solidarischere Gesellschaft eint. Dies wird auch in den Zielvorstellungen der Initiativen deutlich, die zum allergrößten Teil „die Gesellschaft mitgestalten [möchten], in der wir zukünftig leben“ (88 %, vgl. *Abbildung 9*). Dieser Gestaltungsanspruch ist ein zentrales Moment für Motivation und Selbstverständnis der meisten Willkommensinitiativen. Oft speist er sich – so zeigen auch andere Studien – aus dem Bedürfnis heraus, unsolidarischen, rechten gesellschaftlichen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen.

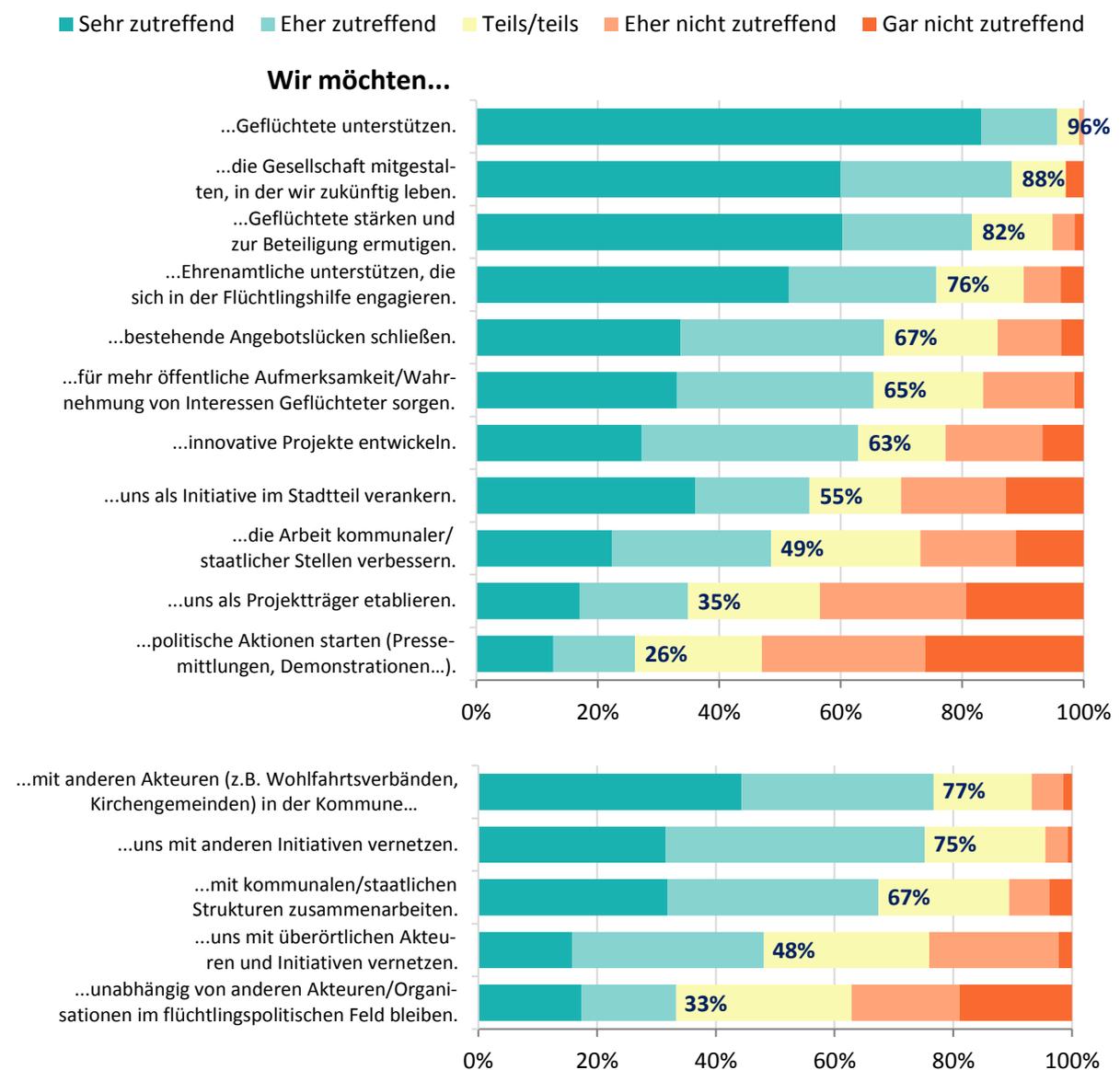
Darüber hinaus geben 82 Prozent an, dass sie explizit Geflüchtete stärken und zur Beteiligung ermutigen möchten. Die hohe Übereinstimmung der Initiativen in diesen beiden Werten verdeutlicht, dass karitative Werte und der Paternalismus des „Helfens“, der Willkommensinitiativen vor allem zu Beginn vorgehalten wurde, inzwischen gegenüber dem gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch der meisten Initiativen zurückgetreten ist. Einen „politischen“ Anspruch im engeren Sinne, also mit dem eigenen Wirken politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, haben demgegenüber aber nur wenige Initiativen: Die Initiierung politischer Aktionen wie Demonstrationen oder die Veröffentlichung von Pressemitteilungen gehört nur für knapp ein Viertel (26 %) der Akteure zu ihren Zielvorstellungen, auch auf die Verbesserung der Arbeit kommunaler/staatlicher Stellen hinzuwirken haben sich lediglich 49 Prozent vorgenommen. Eher bewegt sich die Arbeit der Initiativen im Bereich konkreter Unterstützungsleistungen – nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für Ehrenamtliche – und darin notwendige Angebote zu entwickeln, durchzuführen und zu verankern.

Unsere Studie zeigt, dass viele Engagierte dabei regelmäßig auf strukturelle Hürden, beispielsweise Mängel im Behörden- und Verwaltungsapparat treffen und sich daran politisieren. Eine über die lokale Ebene hinaus wahrnehmbare politische Kraft hat sich daraus jedoch bisher nur selten entwickelt, nicht

nur, weil sich viele Engagierte, die zu Beginn mit ganz anderen Ansprüchen gestartet sind, vor politischen Auseinandersetzungen scheuen, sondern auch, weil ihnen dafür neben den Herausforderungen im Alltag der Initiativen häufig die Kapazitäten fehlen. Der gesellschaftlichen Diskursverschiebung, wonach Geflüchtete in den letzten Jahren zunehmend als Belastung wahrgenommen und Willkommenskultur regelmäßig zu „ideologischem“ Handeln verklärt wurde, konnten die Initiativen so zwar ihre lokale, konkrete Arbeit entgegenstellen; da diese in der Öffentlichkeit jedoch nur selten sichtbar wird und es an anderen öffentlich sichtbaren Statements der Initiativen fehlte, stand das breite Engagement dieser gesellschaftlichen Entwicklung jedoch größtenteils machtlos gegenüber.

Abbildung 9a und b: Zielvorstellungen der befragten Organisationen – im Allgemeinen und in Bezug auf Kooperation

Frage: Welche Aspekte prägen die Arbeit, das Selbstverständnis und die Ziele Ihrer Initiative? Wir möchten...

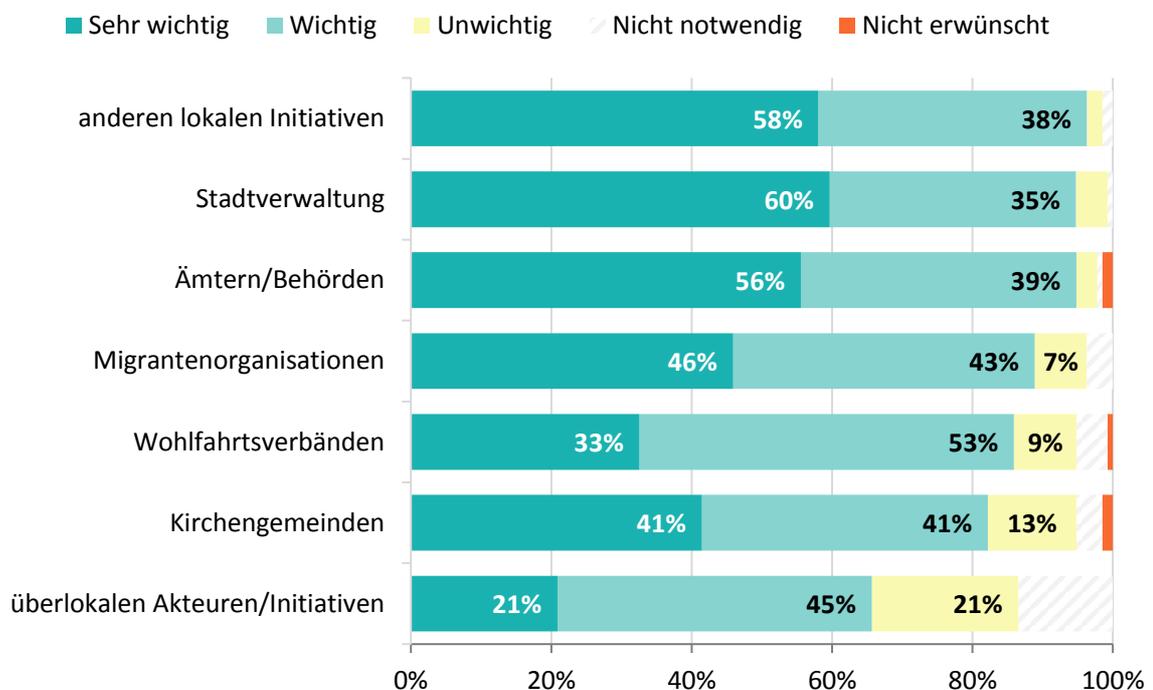


Eigene Darstellung, DESI 2018

Unabhängig von der Frage, ob sich die Initiativen als „soziale Bewegung“ oder im weiteren oder engeren Sinne als „politisch“ verstehen, zeigen sich Willkommensinitiativen als lokale Mitgestalter und „Macher“. Mit ihren Angeboten haben sie einen Einfluss in Bereichen der sozialen Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort und suchen auf städtischer Ebene den Kontakt zu Verantwortlichen aus Verbänden, Politik und Verwaltung. Nur etwa ein Drittel (33 %) der Initiativen möchte „unabhängig von anderen Akteuren/Organisationen im flüchtlingspolitischen Feld bleiben“ und nur in Einzelfällen bedeutet dies, nicht mit anderen zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Strukturen kooperieren zu wollen. Die überwältigende Mehrheit (95 %) der befragten Initiativen bewertet die Zusammenarbeit mit Stadtverwaltung und Behörden – unabhängig der tatsächlichen Kooperationserfahrungen – als wichtig oder sehr wichtig (vgl. *Abbildung 10*), sieht aber auch in der Kooperation mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Migrantenorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Kirchengemeinden eine hohe Bedeutung.

Abbildung 10: Bedeutung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Frage: Für wie wichtig halten Sie die Zusammenarbeit mit ... für das Engagement/das Gelingen Ihrer Initiative? (Unabhängig davon, wie gut und häufig Sie tatsächlich zusammenarbeiten).



Eigene Darstellung, DESI 2018

Nehmen wir die tatsächlich vorhandenen Kooperationsbeziehungen in den Blick, wird die Stadtverwaltung zum wichtigsten Kooperationspartner. 44 Prozent der Initiativen arbeiten „eng“ mit ihr zusammen, weitere 43 Prozent „gelegentlich“ (vgl. *Abbildung 12*). Die Vernetzung innerhalb der Initiativenlandschaft ist ebenso essenziell, beschränkt sich aber oft auf die lokale Ebene. Auffällig ist im Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit, also zwischen der Bewertung der Wichtigkeit und der Häufigkeit der Zusammenarbeit, dass Kooperationen mit Migrantenorganisationen zwar von 89 Prozent der Willkommensinitiativen als wichtig erachtet werden, aber nur 16 Prozent eng sowie 58 Prozent immerhin gelegentlich mit diesen zusammenarbeiten.

Vier von fünf Initiativen (82 %) nutzen außerdem konkrete Möglichkeiten, um auf integrations- und flüchtlingspolitische Fragen in ihrer Stadt einzuwirken: über eine Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Initiativnetzwerken und thematischen Arbeitsgruppen, in Gremien wie Stadtteilforen oder Runden Tischen, durch die Durchführung von und Präsenz auf Veranstaltungen, die direkte Ansprache von politischen Entscheidungsträgern oder gelegentliche politische und öffentliche Statements, beispielsweise in Form offener Briefe. Zwar berichten einige Initiativen von Kontakten zu Parteien und Stadtratsfraktionen vor Ort, die parteipolitische und parlamentarische Ebene – eigentlich ein Zentrum der lokalen demokratischen Meinungsbildung – spielt für Willkommensinitiativen aber nur eine untergeordnete Rolle. Das liegt nicht nur daran, dass Initiativen diese Ebene zumeist in Richtung von Verwaltung und Entscheidungsträgern „übergehen“; den lokalpolitischen Fraktionen wird oft auch ein eher geringes Interesse an diesem Themenfeld vorgeworfen.

Abbildung 11: Lokale Mitwirkung

Frage: Nutzen Sie Möglichkeiten, um auf integrations- und flüchtlingspolitische Fragen in Ihrer Stadt einzuwirken (beispielsweise Stadtteilforen, Runde Tische oder Ähnliches)?

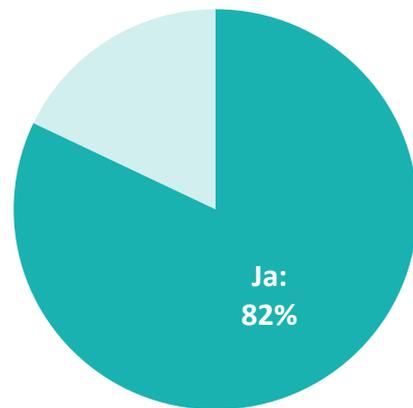
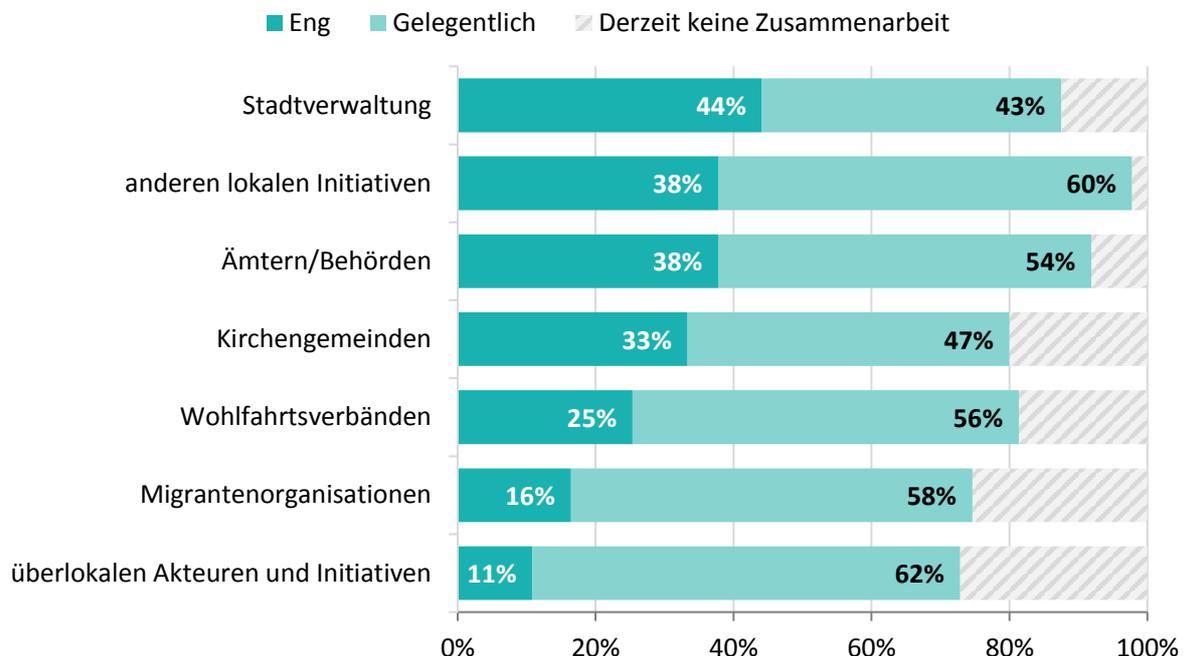


Abbildung 12: Intensität der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Frage: Wie eng und häufig arbeiten sie mit ... zusammen?

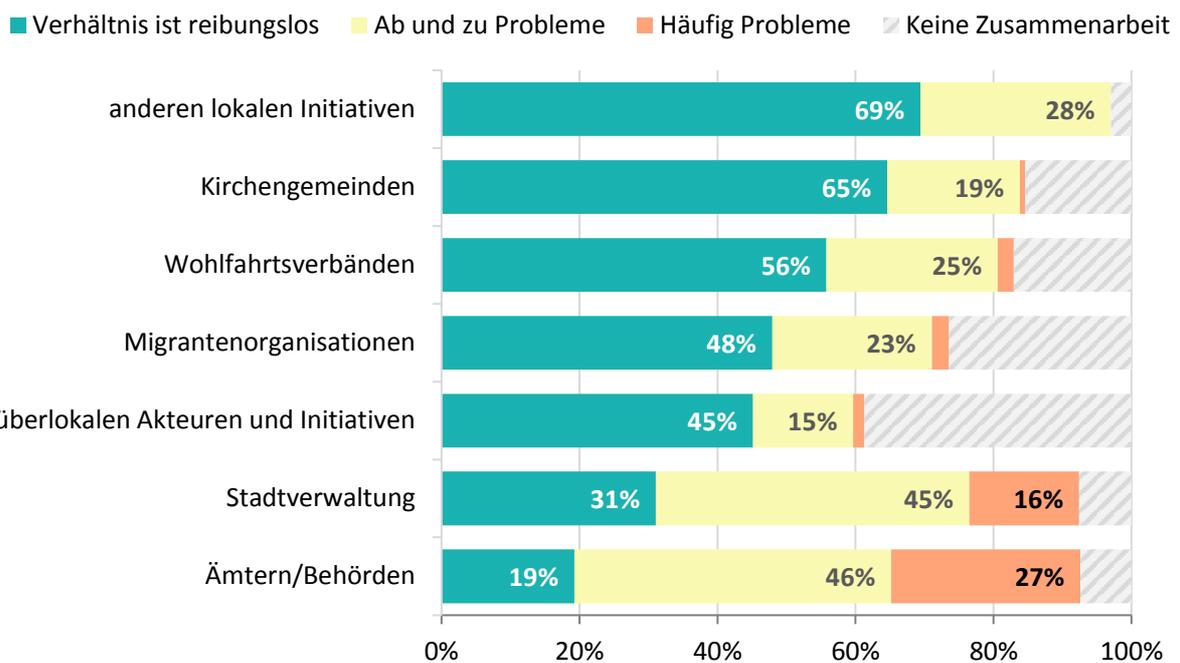


Eigene Darstellung, DESI 2018

Die wohl entscheidende Frage zu Kooperationsbeziehungen ist letztendlich nicht nur die nach der Quantität, sondern nach der Qualität der Zusammenarbeit. Hier dreht sich das Bild plötzlich um und es zeigt sich ein Konfliktpotenzial im Verhältnis zwischen Willkommensinitiativen und kommunalen Kooperationspartnern in Stadtverwaltung, Ämtern und Behörden (vgl. Abbildung 13). 16 Prozent der Initiativen berichten von häufigen Problemen in der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, im Verhältnis zu Ämtern und Behörden sogar über ein Viertel (27 %). Auffällig ist hier ein starker Zusammenhang mit der Größe der Stadt: Während von den befragten Initiativen aus kleineren Großstädten lediglich sechs bzw. zehn Prozent von häufigen Problemen mit Stadtverwaltung bzw. Ämtern und Behörden berichten, sind es unter den Initiativen in den vier deutschen Millionenstädten 26 bzw. 39 Prozent und damit etwa viermal so viele.⁶ Auch in qualitativen Interviews mit Initiativen wurde immer wieder deutlich, dass die Konfliktpotenziale in größeren Städten mit ihren vergleichsweise komplexen und unübersichtlichen Verwaltungsstrukturen zunehmen, während in kleineren Städten kurze Wege, klare Ansprechpartner und verlässliche Zuständigkeiten herrschen, was zu eher harmonischen Kooperationsbedingungen beiträgt.

Abbildung 13: Bewertung der Qualität von Zusammenarbeit mit anderen Organisationen

Frage: Wie würden Sie das Verhältnis zu ... beschreiben? Funktioniert die Zusammenarbeit alles in allem reibungslos oder gibt es ab und zu Probleme oder sogar häufig Probleme?



Eigene Darstellung, DESI 2018

⁶ In kleineren Großstädten (mit einer Bevölkerung zwischen 100.000 und 500.000 Einwohner*innen) wurden n = 52 Initiativen befragt, in den Millionenstädten n = 46.

Trotz der beschriebenen Konfliktpotenziale werden die Aktivitäten der Kommune zur Anregung, Begleitung und Koordination des Engagements für Geflüchtete mehrheitlich als unterstützend wahrgenommen: Ein Drittel der Initiativen empfindet dieses als „sehr unterstützend“, ein weiteres Drittel als „eher unterstützend“. Demgegenüber geben 26 Prozent eine ambivalente Bewertung ab und sieben Prozent bezeichnen die Aktivitäten der Kommune als „weniger“ oder „gar nicht unterstützend“. Diese negative Bewertung unterscheidet sich nicht im Ergebnis zwischen Millionen- und kleinen Großstädten, die ambivalente Bewertung „teils/teils“ tritt in Millionenstädten aber häufiger auf (33 % gegenüber 19 % in kleinen Großstädten). Die Ergebnisse sind ein weiterer Hinweis darauf, dass die in vielen Kommunen erkennbaren Bemühungen in einem landes- und bundespolitisch bedingten Umfeld struktureller Schwierigkeiten (wie Personalmangel und Unterfinanzierung) und restriktiver rechtlicher Rahmenbedingungen auch von Willkommensinitiativen wahrgenommen und gewürdigt werden (vgl. auch Abschnitt c: „Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche“). Zeigt eine Stadt in diesem Themenfeld jedoch eher geringe Bemühungen, richten die Initiativen den Fokus ihrer Kritik schnell an die kommunale Ebene.

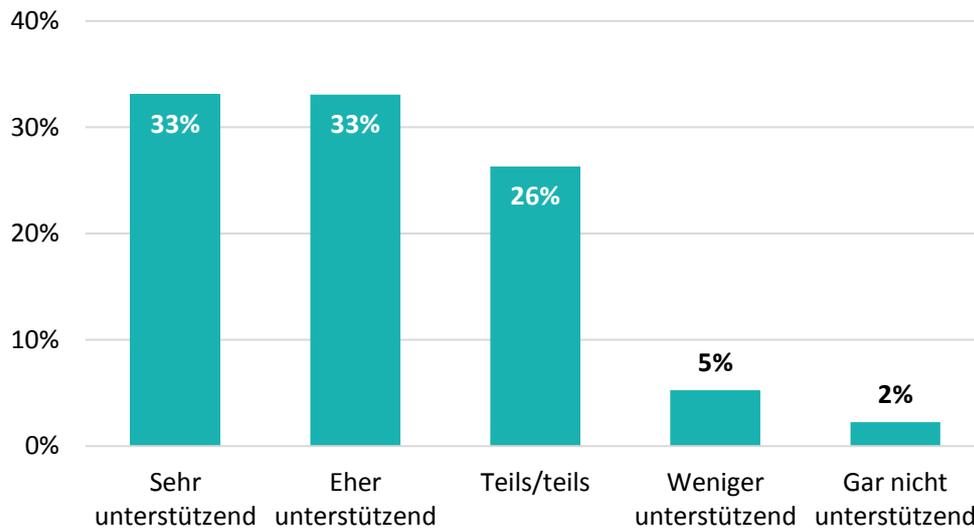
Aus einigen Städten wird berichtet, dass sich das Verhältnis zwischen Initiativen und Kommune im Laufe der vergangenen zwei bis drei Jahre verbessert hat. Auch aus Sicht der Willkommensinitiativen scheinen sich in diesem Zusammenhang die in den meisten Städten eingerichteten Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Unterstützung von Geflüchteten bewährt zu haben. Diese stellen klare Ansprechpartner und Vermittler dar und können zur Aufrechterhaltung und Stärkung der Initiativenlandschaft beitragen. Insbesondere wird die unterstützende Arbeit einiger besonders engagierter Koordinator*innen in einzelnen Städten oder Stadtteilen hervorgehoben. Positiv erwähnt werden darüber hinaus kommunale Bemühungen für eine offene Informationspolitik und die Ermöglichung von Zugängen z.B. im Rahmen von Austauschtreffen zu Verantwortlichen aus Stadtverwaltung und Behörden, die finanzielle Unterstützung oder die Bereitstellung von Qualifizierungsmöglichkeiten.

Benannt werden aber auch Defizite, selbst in bemühten Kommunen. Sie reagierten teils „zu spät“ oder schaffen „groß angelegte, teils unübersichtliche Strukturen, deren Umsetzung und zielführende Arbeit unklar bleibt“ und bei Geflüchteten und Ehrenamtlichen nicht ankommt. Letztendlich attestieren einige Initiativen ihren Kommunen auch nur auch nur einen „gute[n] Wille[n], dem aber keine Umsetzung folgt“.

„In unserer Kommune haben wir recht schnell Ansprechpartner gefunden, die unsere Arbeit positiv begleitet haben. Dass sie oft die Welt nicht neu erfinden und Missstände auch nicht beseitigen konnten, steht auf einem anderen Blatt. In der Zusammenarbeit muss man halt auch die Restriktionen der jeweils anderen Seite verstehen“ (Willkommen im Westend – Bündnis zur Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Charlottenburg, Berlin).

Abbildung 14: Bewertung der kommunalen Engagementpolitik

Frage: Wie bewerten Sie die Aktivitäten der Kommune, Engagement für Geflüchtete anzuregen, zu begleiten und zu koordinieren?



Eigene Darstellung, DESI 2018

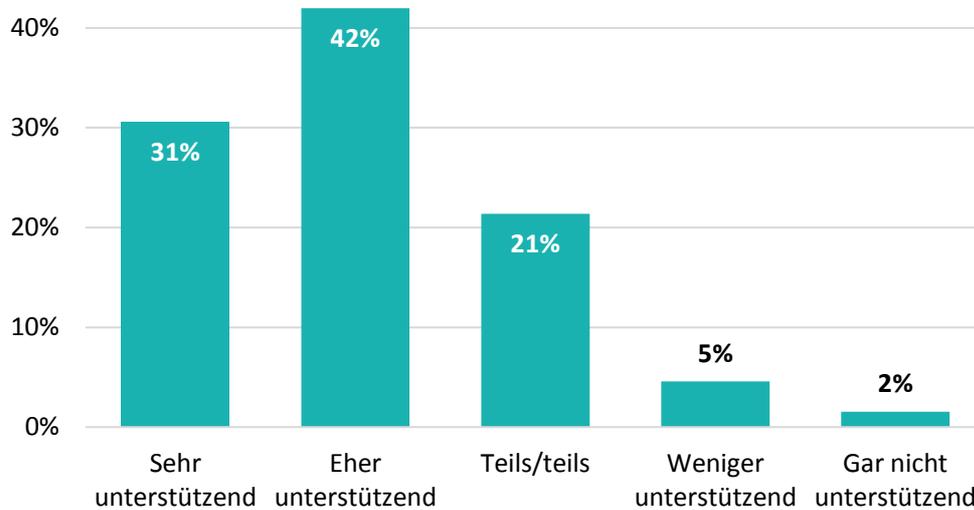
Die Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände im Bereich der Ehrenamtsunterstützung erhalten eine ähnliche Bewertung wie die Kommunen. Insgesamt werden diese zwar etwas seltener als „sehr unterstützend“ (31 %), aber auch etwas seltener als ambivalent (teils/teils: 21 %) wahrgenommen. Ein signifikanter Unterschied zwischen größeren und kleineren Städten ist hier nicht ausgeprägt. Ein bisweilen konflikträchtiges Verhältnis zwischen Ehrenamtlichen aus Willkommensinitiativen und hauptamtlichen Akteuren insbesondere der Wohlfahrtsverbände, wie es in qualitativen Interviews regelmäßig thematisiert wird, lässt sich in den Ergebnissen der Online-Befragung nicht wiederfinden. Das zeigt auch die Bewertung der Qualität der Zusammenarbeit (vgl. *Abbildung 13*): Lediglich zwei Prozent der Initiativen berichten von häufigen Problemen, immerhin ein Viertel der befragten Akteure (25 %) von „ab und zu“ auftretenden Schwierigkeiten in der Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden. Mehr als die Hälfte der Initiativen (56 %) bezeichnen das Verhältnis dagegen als reibungslos.

Die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden stellen sich natürlich von Fall zu Fall unterschiedlich dar: „Es gibt gute und weniger gute Wohlfahrtsverbände; mit einem arbeiten wir gut zusammen, mit einem anderen überhaupt nicht gut, fasst es eine Initiative in Köln zusammen“. Darüber hinaus wird deutlich, dass es sich häufig um ein eher funktionales Verhältnis handelt.

„Die Wohlfahrtsverbände sind auf der politischen Ebene wichtig, sie haben andere Ressourcen Informationen zusammenzutragen und werden von Politikern und Presse eher gehört als wir. In der täglichen Arbeit verweisen wir oft auf Beratungsangebote von ihnen – eine direkte Zusammenarbeit findet aber eher nicht statt. Ärgerlich für uns war, dass man zeitweise den Eindruck hatte, dass sie in der Wahrnehmung von Politik und Verwaltung den Bereich Zivilgesellschaft abdecken, deren Sprachrohr sind. Es gibt aber neben diesen verfassten Organisationen viele Graswurzelbewegungen, für die erst noch Kommunikationsstrategien in Politik und Verwaltung hineingefunden werden müssen – da sollten sie nicht Sperre, sondern Wegbereiter sein“ (Willkommen im Westend – Bündnis zur Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Charlottenburg, Berlin).

Abbildung 15: Bewertung der Unterstützung durch Wohlfahrtsverbände

Frage: Wie bewerten Sie die Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände in Ihrer Kommune, Engagement für Geflüchtete anzuregen, zu begleiten und zu koordinieren?



Eigene Darstellung, DESI 2018

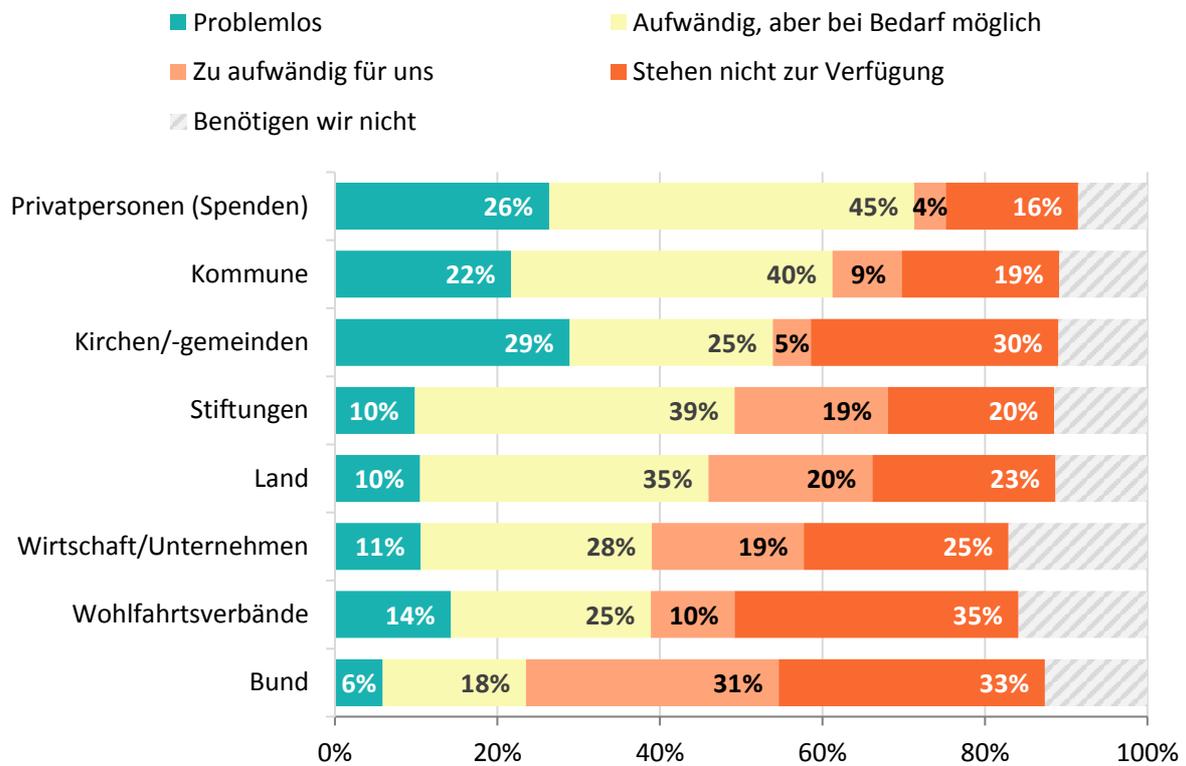
Eine wichtige Voraussetzung für eine Verstetigung und Professionalisierung von Willkommensinitiativen ist die Zugänglichkeit zu kleineren, zum Teil auch größeren finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten: Nicht nur, um laufende Ausgaben für ihre Arbeit zu decken, sondern auch, um neue Angebote entwickeln und durchführen zu können. Ein großer Teil der Initiativen ist soweit institutionalisiert, dass der anfallende bzw. steigende Arbeitsaufwand, insbesondere bürokratischer Art, nicht auf Dauer ehrenamtlich geleistet werden kann, sodass bei vielen Akteuren darüber hinaus der Bedarf nach der Finanzierung einer (halben) oder mehrerer Stellen besteht.

Diese Bedarfe können mit der bestehenden Förderlandschaft jedoch nur teilweise abgedeckt werden. Die wichtigste Bedeutung nehmen dabei mit Abstand kommunale Fördermittel, Unterstützungsleistungen von Kirchengemeinden sowie in Teilen der Initiativenlandschaft noch immer vorhandene Spenden von Privatpersonen ein. Diese finanziellen Möglichkeiten stehen jeweils etwa einem Viertel der Initiativen ohne größere Probleme offen oder sind zumindest für die Mehrheit der Initiativen bei Bedarf unter Aufwänden möglich (vgl. *Abbildung 16*). Insgesamt geben nur wenige Initiativen an, dass sie auf keinem der Wege an finanzielle Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten herankommen.

Die Ergebnisse scheinen noch nichts über die Quantität der Mittel auszusagen, also ob diese ausreichen, die jeweiligen Bedarfe zu decken, denn ein Mangel an finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten wird von vielen Initiativen als Problem geschildert (vgl. *Abschnitt c: „Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche“*).

Abbildung 16: Finanzielle Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten

Frage: Wie bewerten Sie die Zugänglichkeit von finanziellen Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten von ... für Ihre Initiative?



Eigene Darstellung, DESI 2018

c) Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche

Im dritten Teil des Fragebogens wurden Erfolgsfaktoren und Zukunftswünsche der zivilgesellschaftlichen Akteure thematisiert. Gefragt haben wir nach kommunalen Bedingungen, die zum Gelingen der Arbeit der Initiativen beitragen, aber auch nach Hindernissen, die Erfolge erschweren. Zum Ende der Befragung haben wir die Initiativen gebeten, uns mitzuteilen, welche Form der Unterstützung sie sich wünschen, was aus ihrer Sicht Beispiele guter Praxis sind, welche Anregungen, Ideen und Wünsche sie darüber hinaus zum Themenkomplex Engagement/Flüchtlinge haben. Die Befragten haben von der Möglichkeit, in freier Form auf offene Fragen zu antworten, ausführlich Gebrauch gemacht. Im Folgenden fassen wir die wesentlichen Ergebnisse zu den einzelnen Fragen zusammen und reichern sie mit Zitaten an, die aussagekräftige und vielfältige Einblicke in lokale Engagementlandschaften bieten.

Gelingensbedingungen

Vor allem die Vernetzung, der Austausch sowie die Zusammenarbeit mit Verwaltungen, Bezirken, Behörden, Stabstellen, anderen Initiativen sowie Wohlfahrtsverbänden tragen aus Sicht der Befragten zum Gelingen der Arbeit ihrer Initiativen bei.

„Die enge Vernetzung zwischen den einzelnen Akteuren in der Stadt trägt auf jeden Fall dazu bei! Auch, dass von der Stadt eine Flüchtlingskoordinatorin Veranstaltungen und den Austausch unterstützt ist hilfreich. Die Stadt steht sehr offen verschiedenen Angeboten für Flüchtlinge und Ehrenamtlichen gegenüber und unterstützt diese“ (Refugee Law Clinic Trier e.V.).

Von ebenso großer Bedeutung sind das ehrenamtliche Engagement sowie die finanzielle Unterstützung, beispielsweise durch Stiftungen, Spenden aus der Zivilgesellschaft, von Kirchen sowie von Land, Bezirk und Kommune. Auch die Unterstützung durch hauptamtliche Vertreter*innen von Wohlfahrtsverbänden, Vereinen oder Initiativen tragen zum Erfolg der Arbeit bei. Die Offenheit der Kommunen und der politische Wille zur Integration stellen ebenfalls wichtige Bedingungen dar. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist eine regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit, um ein Aushängeschild der Arbeit zu schaffen, um das Ansehen in der Öffentlichkeit und den Bekanntheitsgrad der Initiativen zu fördern.

„In der Vergangenheit hat dazu beigetragen: Das positive Feedback der Stadt, die uns auch mit Preisen geehrt hat, positive Rückmeldung aus der Hörerschaft, Erfolgserlebnisse nach einer gelungenen Sendung“ (Borderless Broadcast, Sendung bei Radio Z, Nürnberg).

Ebenfalls häufig genannt wird das Vorhandensein von Räumlichkeiten und Ausstattung als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Initiativenarbeit.

Vereinzelt genannt werden Reflexion (oder Fehleranalyse) und eine realistische Einschätzung der Unterstützungsmöglichkeiten sowie der Verzicht auf überfordernde Projekte. Auch das Wissen über das Asylrecht und die Anerkennung der Gesellschaft werden angeführt.

Ausgewählte Antworten auf die Frage: Welche Bedingungen tragen derzeit in Ihrer Stadt zu einem Gelingen der Arbeit Ihrer Initiative bei?

„Die Unterstützung durch die Kommune, die hohe Anzahl derjenigen, denen das Thema noch immer wichtig ist, das hohe Engagement, mit dem in den vergangenen Jahren Strukturen aufgebaut wurden, die noch immer weitertragen und die Tatsache, dass es mittlerweile viele staatliche Angebote gibt, auf die wir zurückgreifen können (Beratungsstellen etc.). Aber auch, dass Kontakte, die in den letzten Jahren durch die Ersthilfe entstanden, bestehen geblieben sind und nun auf die eine oder andere Art und Weise Früchte tragen, zu einer besseren lokalen Vernetzung beitragen, und damit allen, die hier leben, zugutekommen“ (Willkommen im Westend, Bündnis zur Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Charlottenburg, Berlin).

„In Rheinhausen findet ein reger und regelmäßiger Austausch mit anderen vor Ort aktiven Organisationen statt, so dass die Angebote für die geflüchteten Familien maßgeschneidert nach dem Bedarf ermittelt [...] und nach vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden. Außerdem herrscht eine gute, effiziente Zusammenarbeit zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen. Wir, die Hauptamtlichen, bringen eine gewisse Flexibilität und fachliche/sprachliche Kompetenz mit, die für diese Arbeit sehr hilfreich ist“ (Flüchtlingshilfe-Team der Grafschafter Diakonie, Duisburg).

„Zu Zeiten der Erstaufnahmeeinrichtung 2015 bis 2016 hatten wir den offiziellen Auftrag der Stadt als Koordinator der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe tätig zu sein. Der offizielle Auftrag und der Titel ‚Stabsstelle Ehrenamtliche Flüchtlingshilfe‘ war sehr hilfreich. Zusätzlich konnte über zwei Stiftungen und erhöhte Mittel der Stadt eine feste Stelle, befristet auf zwei Jahre geschaffen werden. Ohne diese Stelle – also die Unterstützung der Freiwilligen durch die legitimierte hauptamtliche Arbeit – wäre unser Wirken als Freiwilligenzentrum nicht möglich gewesen. Nach der Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung blieb die Stadt bei ihren erhöhten Mitteln, somit konnte die Stelle bis auf weiteres fortgesetzt werden – nunmehr im Bereich Integration und Zusammenleben“ (Offenbach hilft / Freiwilligenzentrum Offenbach e.V., Offenbach)

„Ein monatliches Informationsreffen für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer, veranstaltet vom Bildungszentrum der Kölner Arbeitsagentur unter Beteiligung der städtischen Ausländerbehörde und des Arbeitskreis Politik mit außerordentlich nützlichen Präsentationen zu relevanten Themen sowie anschließender Gelegenheit zu Fragen und Diskussionen. Ein sehr gut funktionierendes Kundenreaktionsmanagement im Jobcenter Köln. Mehrheitlich hilfsbereite und freundliche Mitarbeiter in Ämtern und Behörden“ (Willkommen in Rondorf, Köln).

„Nach wie vor das Engagement von Bewohnern unseres Ortsteils (nicht mehr so viele wie zu Anfang, z.B. weil wir keine ehrenamtlichen Sprachkurse mehr machen). Die Stadt Krefeld ist schon sehr früh mit Informationen sehr offen umgegangen (Bürgerversammlung, Besichtigung der Traglufthalle vor deren Bezug, Einladung unserer Sprecher zwecks Information der Bezirksvertretung, finanzielle Zuwendungen der Bezirksvertretung). Die Existenz eines Büros für (ehrenamtliche) Flüchtlingskoordination. Vertrauensvolle und freundliche Zusammenarbeit von Ehrenamtlern und Behörden / Ämtern. (Das war in der ersten Hälfte von 2016 noch nicht so gut)“ (Flüchtlingshilfe Hüls, Krefeld).

„Eine breite Akzeptanz in der Bürgerschaft für Geflüchtete. Die überwiegende Zahl der Geflüchteten konnte in Privatwohnungen untergebracht werden – keine Problemballungen in Übergangswohnheimen. Die Stadtspitze und ihre Ämter stärken die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit. Zahlreiche Sponsoren aus der Zivilgesellschaft stützen die finanzielle Basis. Anhaltendes ehrenamtliches Engagement vieler Vereinsmitglieder“ (Flüchtlingshilfe Wuppertal-West e.V., Wuppertal)

Hindernisse

Entscheidende Hindernisse für eine erfolgreiche Arbeit von Willkommensinitiativen stellen aus der Sicht von Willkommensinitiativen vor allem Probleme mit Behörden und eine intransparente sowie frustrierende Bürokratie dar. Etwa jede vierte Initiative berichtete in ihrer Antwort auf diese offene Frage von Schwierigkeiten in diesem Bereich. Insbesondere im Asylverfahren und im Umgang mit Ausländerbehörden entstehen deutliche Spannungen, aber nicht nur hier werden Behörden- und Verwaltungsprozesse meist als zu bürokratisch, intransparent und unklar wahrgenommen. Ehrenamtliche wenden hier einen großen Teil ihrer Kräfte auf, können jedoch selten Erfolgserlebnisse oder positive Veränderungen erkennen. Fehlende Kommunikation zwischen behördlichen Stellen untereinander und mit den Betroffenen sowie wahrgenommene mangelnde Kompetenz erhöhen das Frustpotential für Geflüchtete und Ehrenamtliche weiter. Unabhängig der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die dafür verantwortlich sind, wird lokalen Behörden oft vorgeworfen, Ermessensspielräume nicht zu nutzen.

„Zuviel Bürokratie, teils unverständliche Behördensprache in Anschreiben und Formularen. Überforderte Mitarbeiter in Ämtern und Behörden (Unterlagen gehen verloren, die Bearbeitung von Anträgen dauert oft viel zu lang, Anfragen bleiben unbeantwortet). Mangelhafte Kommunikation und Koordination innerhalb von und zwischen Ämtern und Behörden (die Linke weiß oft nicht, was die Rechte tut)“ (Willkommen in Rondorf, Köln).

„Langwierigkeit der Behördenanträge, auch die Informationen (gesetzliche Regelungen) sind in den Behörden oft nicht bekannt“ (Be an Angel e.V., Berlin).

Als zweites entscheidendes Hindernis stellen sich die fehlenden Möglichkeiten nachhaltiger finanzieller Förderung und Unterstützung dar, wodurch die Angebote der Initiativen stets unter aufwändigen und unsicheren Bedingungen entwickelt und Perspektivplanungen erschwert werden; etwa jede fünfte Initiative berichtet davon. Zwar bestehen Zugänge zu finanziellen Mitteln (vgl. auch *Abbildung 16*), diese erscheinen aber oft als unflexibel oder unpassend für die konkreten Bedarfe und sind vor allem für kleinere Initiativen zu bürokratisch, um sie zu beantragen. Die dauerhafte Gegenwart kurzer Projektzyklen und wiederkehrender Antragsverfahren hemmt langfristige Verstetigungs- und Professionalisierungsbestrebungen. Ein Mangel an anderen, z.B. räumlichen Ressourcen wird dagegen nur selten als Hindernis benannt.

Ergebnisse auch aus den qualitativen Interviews legen nahe, dass es meist weniger an den Mitteln selbst mangelt, sondern eher an ihrem Zuschnitt und der Zugänglichkeit für jüngere und ehrenamtliche Willkommensinitiativen. Beispiele guter Praxis aus einigen Kommunen oder von Seiten anderer Akteure wie Stiftungen belegen aber, dass diese Zugänglichkeiten grundsätzlich möglich sind.

„Instabile Finanzierung – wir hangeln uns von Jahr zu Jahr ...“ (Soziokulturelles Zentrum ‚Die VILLA‘ in Leipzig).

„Keine längeren Planungen möglich. Das Fehlen von finanziellen Sicherheiten über mehrere Jahre hinweg. Zu viel Verwaltung und Bürokratie, die die Vereinsarbeit behindern“ (Ökumenische Initiative Zeitpaten e.V., Halle/Saale).

Als ein weiteres großes Hemmnis für die Arbeit der Initiativen wird ein eingetrübtes gesellschaftliches Klima gegenüber Zuwanderung und Geflüchteten genannt. Darunter fällt nicht nur die Etablierung eines wahrnehmbaren neurechten politischen Milieus und rassistischer Stimmungen in Teilen der Gesellschaft, sondern auch Anfeindungen gegenüber Geflüchteten und ihren Unterstützer*innen aus der etablierten Parteienlandschaft sowie ein negativer und skeptischer Diskurs in Öffentlichkeit und Medien. Von direkten Bedrohungen gegenüber Initiativen wird aber nur selten berichtet.

*„Bundespolitik. Landespolitik. Rechtspopulismus. Medien, die den Eindruck vermitteln, ‚Flüchtlinge‘ seien ein gesellschaftliches Problem. Gar das größte Problem Deutschlands. Es gibt keine Bilder sterbender Kinder an europäischen Stränden mehr. Die Kombination aus o.g. sorgt für eine sich zum Negativen verändernde Stimmung in der Gesellschaft und weniger neuen Mitmacher*innen“ (Willkommen in Ehrenfeld, Köln).*

„Das größte Hindernis ist die öffentliche Meinung zum Thema ‚Geflüchtete‘ – sie werden nur als Problem gesehen und dargestellt (Talkshows, Parteien, Medien) – negative Nachrichten, anstatt positive Geschichten. Außerdem hat sich bis heute keine Partei entschlossen aus ‚Wir schaffen das‘ – ‚Wir machen das‘ zu machen und ins Parteiprogramm zu verankern“ (Yadan Biad – Hand in Hand – Begleitung für Geflüchtete, DRK Kreisverband Schöneberg-Wilmersdorf, Berlin).

Ein immer wiederkehrendes Problembündel ist darüber hinaus die Lage auf städtischen Wohnungsmärkten und die damit verbundenen Hindernisse bei der Wohnraumsuche für Geflüchtete. Obwohl dieses Thema nur bei den wenigsten Initiativen einen zentralen Stellenwert einnimmt, berichtet etwa jede zehnte Initiative davon, dass hier ein Hindernis für ihre Arbeit besteht. Dazu gehört nicht nur, dass zu wenig bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht und dieses Thema viele Kräfte bindet, sondern auch, dass Vorbehalte gegenüber der Vermietung an Geflüchtete bestehen und die Aufrechterhaltung und Entwicklung sozialer Bindungen und Netzwerke durch Umzüge in andere Regionen gestört werden.

*„Die akute Wohnungsknappheit spüren Geflüchtete in besonderer Stärke. Viel Kraft und Energie der ehrenamtlichen Unterstützer*innen geht in die Wohnungssuche“ (Rainbow Refugees Cologne – Support Group e.V., Köln).*

„Es gibt zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Das befördert einerseits Konkurrenzdenken und Neiddebatten. Andererseits ist die Wohnungssuche für Flüchtlinge wie Ehrenamtliche frustrierend. Viele Flüchtlinge leben noch in Sammelunterkünften, obwohl sie längst anerkannt sind“ (save me Bonn / Flüchtlingshilfe Bonn e.V.).

Probleme in anderen von Willkommensinitiativen bearbeiteten Themen, wie z.B. die Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsstellen, werden zwar auch gelegentlich benannt, nehmen im Gesamtbild aber nicht so einen entscheidenden Stellenwert ein wie die Wohnungsfrage. Dennoch stellen strukturelle Defizite, insbesondere in der Unterbringung der Geflüchteten oder bei den zuständigen Trägern der Unterkünfte, aber auch in anderen Bereichen wie generell unterausgestattete Hauptamtliche, fehlende Kurs- und Beratungsangebote oder fehlende Fachkompetenzen, je nach thematischem Schwerpunkt einiger Initiativen ebenso wahrnehmbare Hürden dar.

Obwohl sich die Hindernisse häufig auf die generellen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen beziehen und die Kommunen eher positive Noten bekommen (sowie von Kritik gelegentlich explizit ausgenommen werden), nehmen einige Initiativen auch auf der lokalen Ebene weiterhin eine

fehlende Anerkennung durch die lokale Politik und Verwaltung wahr. Dies reicht von schwierigen oder fehlenden Kooperationen mit Stadt und Hauptamtlichen über wahrgenommene Ineffizienz und Überforderung bis hin zu erfahrener Ablehnung.

„Wir nehmen nicht wahr, dass sich die Politik für unsere Arbeit in großem Maße interessiert. Zusammenkünfte beschränken sich auf Treffen mit städtischen Mitarbeitern aus der operativen Ebene. Die Gruppe der Entscheider kommt so gut wie nie dazu. Vor allem wenn man selbst vorher beruflich auf einem hohen Level (Führungsebene) gearbeitet hat, ist es schwierig sich im Ehrenamt ausschließlich mit Mitarbeitern verständigen zu müssen, die am Anfang ihrer beruflichen Tätigkeit stehen und wenig Führungs- und Methodenkompetenz für die anstehenden Prozesse besitzen“ (Flüchtlingsarbeit der evangelisch-methodistischen Kirche, Wuppertal-Barmen).

„Viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung wissen nicht wie sie mit ehrenamtlichen Helfern in der Flüchtlingshilfe umgehen sollen, gerade im Sozialen Dienst wird Konkurrenz empfunden oder wir sind nicht professionell genug für sie etc.“ (Helferkreis Wiesbaden Auringen).

*„Selbst in dafür eingerichteten Ämtern herrscht zu hoher Verwaltungsaufwand. Die Mitarbeiter*innen in städtischen Ämtern, aber auch in Wohlfahrtsorganisationen etc. sind oft nur Teilzeitkräfte, die wenige Stunden zur Verfügung haben und deren Arbeit sich in Verwaltungsaufgaben erschöpft, die aber nicht konkret bei den Geflüchteten ankommt“ (Flüchtlingsinitiative Schlierberg, Freiburg).*

„Die Arbeit von Ehrenamtlichen und hauptamtlichen Stellen ist kaum vernetzt. Die Ehrenamtlichen bemühen sich um die passenden Kontakte in Ämtern für bestimmte Anliegen. Wir sind als Ehrenamtliche jedoch kaum in deren Überlegungen eingebunden und werden auch nicht sehr oft angesprochen, gelegentlich gibt es aber Infos zu Veranstaltungen“ (Willkommen in Duisburg-Hochfeld).

Viele Antworten verweisen jedoch darauf, dass es sich bei den meisten Problemen nicht um stadtspezifische Bedingungen handelt und sich die Kommunen im Rahmen dieser Umstände eher bemühen.

„Es gibt keine stadtspezifischen Hindernisse, wenn dann sind es allgemeine Phänomene. Das ist mangelnder Respekt gegenüber Menschen, die nicht so gut gestellt sind und geringeres Einkommen haben. Der Mangel drückt sich durch die Art aus, wie jeder urteilen zu können glaubt. Die sollten, die müssten, die sind selber schuld oder die brauchen nicht“ (Café Welcome e.V., Bielefeld).

Letztendlich können aber fast alle Initiativen, oftmals ausführlich, über Probleme berichten, sodass die Beschäftigung mit Hindernissen im Alltag vieler Ehrenamtlichen einen entscheidenden Anteil einnehmen dürfte. Wenn positive Erfahrungen und Erfolge dauerhaft von diesen Problemen begleitet oder überstrahlt werden, weicht Motivation Gefühlen der Frustration, was viele Ehrenamtliche letztendlich zum Rückzug aus ihrem Engagement bringt. Das zurückgehende Ehrenamt wird dementsprechend bereits von vielen Initiativen als Hindernis benannt, auch wenn es aus diesem Blickwinkel eher als Nebeneffekt anderer Problemlagen erscheint.

Anzumerken ist zudem, dass viele der genannten „Hindernisse“ für einige Willkommensinitiativen zu den Grundlagen und Antriebskräften ihres Engagements gehören. Während beispielsweise bürokratische Prozesse für eine primär an der konkreten Unterstützung in Alltagssituationen orientierten Initiative zu „Hindernissen“ im engeren Sinne werden können, wenn z.B. eine geflüchtete Person ihren Ausbildungsplatz nicht einnehmen kann, obwohl dies das Ziel der sie unterstützenden Ehrenamtlichen war,

gehören diese Barrieren für eher politisch orientierte Initiativen zur zentralen Motivation, um grundlegende Strukturen und Prozesse infrage zu stellen und auf ihre Veränderung hinzuwirken.

Ausgewählte Antworten auf die Frage: Welche Hindernisse sehen Sie derzeit in Ihrer Stadt für die Arbeit Ihrer Initiative?

„Fehlende Wohnungen, restriktive Gesetze, rechtswidrige Entscheidungen, ertrinkende Menschen im Mittelmeer, fehlender Familiennachzug... sind Hindernisse für die Integration der Menschen, die zu uns gekommen sind. Sie sind aber nicht Hindernisse, sondern vielmehr gerade auch Grund für unser Engagement“ (Willkommen im Westend – Bündnis zur Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Charlottenburg, Berlin).

„Es ist sehr schwer geworden neue Ehrenamtliche zu gewinnen. D.h. das jetzige Team stößt an Grenzen. Auf der anderen Seite gibt es bei den ca. 100 Ehrenamtlichen, die schon länger dabei sind (wenig Fluktuation) einen stetigen Kompetenzzuwachs“ (Angekommen – Perspektiven für Geflüchtete, Freiwilligenzentrum Wiesbaden).

„Es entsteht der Eindruck, dass sich der Staat mit dem außerordentlichen Engagement der Zivilgesellschaft arrangiert hat. Willkommensinitiativen nahmen und nehmen dem Staat (Integrations-)Arbeit ab. Hier sollte ein Dialog von Seiten staatlicher Stellen starten: Wo hört die Verantwortung des Staates auf? Wo fängt die Verantwortung der Zivilgesellschaft an? Verschieben sich in Berlin die Grenzen zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Sachen Flüchtlingspolitik? Wieviel Staat, wieviel Zivilgesellschaft ist im Bereich Flüchtlingspolitik notwendig bzw. wünschenswert? Übernehmen Willkommensinitiativen zunehmend Aufgaben, die in die staatliche Verantwortung gehören? Ist die Unterstützung staatlicher Stellen für dieses Engagement adäquat aufgestellt und ausreichend? Ist jährliche Projektfinanzierung die richtige Antwort auf kontinuierliches personelles Engagement?“ (weltweit – die Freiwilligengruppe von Asyl in der Kirche Berlin-Brandenburg e. V.)

„Wir sind nicht als Verein organisiert und haben kein Geld. Es fehlt uns die Kraft zu mehr politischem Engagement – weil alles ehrenamtlich organisiert werden muss – dabei sind wir – die Netzwerker – alle noch in Vereinen und Initiativen aktiv“ (Netzwerk der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Dortmund).

Gewünschte Unterstützung

Angesichts der Hindernisse und Probleme, die Willkommensinitiativen für ihre Arbeit sehen, aber auch entsprechend der vielfältigen Themen- und Tätigkeitsfelder formulieren die Engagierten breite Unterstützungsbedarfe. Über viele konkrete tätigkeits- und fachspezifische Bedarfe hinaus lassen sich auch hier wiederkehrende Motive erkennen, die zu einer Stärkung von Willkommensinitiativen beitragen können. In erster Linie gehören dazu natürlich Maßnahmen, um den formulierten Hürden zu begegnen – von transparenteren, effizienteren und flexibleren Abläufen in Verwaltung und Behörden bis hin zu wohnungspolitischen Maßnahmen.

Als konkreter Unterstützungsbedarf wird am häufigsten die Verbesserung finanzieller Fördermöglichkeiten genannt – in erster Linie überhaupt eine Zugänglichkeit zu finanziellen Mitteln -, aber auch flexiblere Bewilligungen, längere Förderzeiträume oder auch der Zugang zu Wissen über Fördermittelzugänge und ihre Beantragung. Viele Initiativen haben sich soweit professionalisiert, dass sie Stellen zur

Entwicklung und Aufrechterhaltung ihrer Angebote schaffen konnten, um ihre integrative Arbeit nach Jahren ehrenamtlichen Engagements weiter leisten zu können. Positive Förderperspektiven gibt es aber nur in den seltensten Fällen. Auch kleinere Initiativen haben häufig Schwierigkeiten, selbst einfachste Ausgaben wie Druck- oder Fahrtkosten tätigen zu können, sodass die Ehrenamtlichen gezwungen werden, neben ihrer Zeit auch Ausgaben zu spenden. Die herrschenden Förderlogiken erweisen sich hier als offensichtlich inkompatibel zu den spezifischen und dynamischen Bedarfen der Initiativen und wirken vielen Verstetigungs- und Professionalisierungspotenzialen entgegen.

„Wir brauchen Zugang zu Räumen, Geld für unsere Veranstaltungen, für Fortbildungen unserer Paten, Geflüchteten und unseres Teams, Plattform für Öffentlichkeitsarbeit, Zugang zu Medien, Gelder, die nicht an unmögliche Bedingungen geknüpft sind“ (AG Patenschaften von Wedding hilft, Berlin).

„Die Sozialförderstrukturen sind nur auf etablierte Träger ausgerichtet und verschlingen mittlerweile Koordinierungs- und Verwaltungsgeld. Initiativen ohne Rechtsform erhalten keine Förderung mehr“ (Unterstützer_innenkreis Straßburger Straße, Berlin).

„Wir wünschen uns eine langfristige, finanzielle Unterstützung zur Planungssicherheit und die Möglichkeit eine Personalstelle zu schaffen“ (Ökumenische Initiative Zeitpaten e.V., Halle/Saale).

Ein übergreifender Wunsch ist der nach einer höheren Anerkennung und Wertschätzung der ehrenamtlichen Arbeit und des Engagements der Initiativen von allen möglichen Seiten: Nicht nur aus Politik und von Entscheidungsträgern, sondern auch von Hauptamtlichen, aus der Nachbarschaft und Gesellschaft bis hin zu Medien. Hierin spiegelt sich, dass die zumeist ehrenamtliche Tätigkeit der Engagierten oft auf Zurückhaltung, Skepsis oder sogar Anfeindungen trifft – ein Phänomen, von dem wohl kein anderer Engagementbereich betroffen ist. Letztendlich fehlt es an Offen- und Gelassenheit in allen Teilen der Gesellschaft, manchmal auch bei den Ehrenamtlichen selbst.

„Mehr Anerkennung für kleinere Vereine wie uns. Viele Behörden, Sozialstationen etc. gehen davon aus, dass ehrenamtliches Arbeiten selbstverständlich ist. Sie selbst sitzen auf gutbezahlen Gehältern und verlangen von Anderen umsonst ‚arbeiten‘ zu müssen“ (KulturVERSTRICKUNGEN e.V., München).

„Wir wünschen uns, in unserer Arbeit in der Öffentlichkeit mehr akzeptiert zu werden. Zunehmend mehr Menschen stehen dem Thema Flüchtlinge und deren Aufnahme eher ablehnend gegenüber. Dies erschwert die Integration der Menschen sehr. Von der Kommune würden wir uns ab und an eine finanzielle Unterstützung wünschen. Es wird z.B. dringend eine Kinderbetreuung benötigt bzw. mehr Kindergartenplätze, damit die Eltern einen Unterricht besuchen können“ (Willkommen in Weiche, Flensburg).

Den Initiativen fehlen Bekenntnisse und vor allem Taten aus der Politik, wobei ihnen zumeist bewusst ist, dass dieser Vorwurf vor allem an landes- und bundespolitische Verantwortliche zu richten ist. Aber auch an die lokale Ebene werden Forderungen gestellt, nicht nur um Sympathien mit unterstützenden Worten einzusammeln, sondern auch um ihre Handlungsspielräume aktiver zu nutzen. Darüber hinaus sollten hauptamtliche Akteure öfter in die Pflicht genommen werden, Ehrenamtliche in ihrer professionalisierten Arbeit nicht allein zu lassen.

„Die einzig legitime Frage von Hauptamtlichen an Ehrenamtliche ist aus meiner Sicht ‚Was braucht ihr?‘. Ehrenamtliche übernehmen reihenweise hauptamtliche Pflichtaufgaben und werden darüber hinaus noch als Bittsteller abgekanzelt. Hauptamtliche sollen ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erledigen und dabei nach Effektivitätskriterien untereinander kooperieren müssen“ (Christina Weiß, Initiatorin Wegweiser für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe in Leipzig, Stiftung Bürger für Leipzig).

„Wir wünschen uns Unterstützung von der Stadtverwaltung und den einzelnen Fraktionen. Taten bewirken mehr als Worte, das gilt auch für die Stadtspitze, die nicht nur auf Rhetorik setzen sollte – und Teilen ihrer Behörden mitteilen sollte, dass ehrenamtliche Helfer mehr beachtet werden sollten. Bei einigen Ämtern haben wir den Eindruck: ‚Ihr wollt denen helfen, wir wollen sie lieber zurückschicken!‘“ (PAHN – Politische Arbeitsgemeinschaft Helferkreise Region Nürnberg).

Weitere ausgewählte Antworten auf die Frage: Welche Unterstützung wünschen Sie sich für Ihre Initiative und von wem?

„Eine offene, aufgeschlossene Einwanderungsgesellschaft, in der Menschen als Zugewinn und nicht als Last betrachtet werden. Kein Schüren von Sozialneid, dafür eine massive Erhöhung der Ausgaben für Bildung ALLER in Deutschland lebenden Personen u.v.a. Kinder“ (Willkommen in Ehrenfeld, Köln).

„Einen flexibleren Umgang mit den persönlichen Notwendigkeiten von Flüchtlingen durch Behörden und Verwaltung. Einen langfristigen ‚Plan‘ von Politik und Verwaltung“ (Unterstützergruppe Übergangwohnheim Corveystraße, Bremen).

Beispiele guter Praxis für Kooperation und Vernetzung in der Kommune

Gute Praxisbeispiele für Kooperation und Vernetzung werden von den Initiativen vor allem mit einer gelebten Kooperationskultur, effektiven Vernetzungsstrukturen und Engagement fördernden Strukturen in der Kommune verbunden. Verwiesen wird dabei vor allem auf Koordinierungsstellen für Flüchtlingsarbeit, etablierte Strukturen in der Engagementförderung (Freiwilligenagenturen) und der kommunalen Integrationspolitik (Kommunale Integrationszentren, Referate für Migration und Integration, Integrationsbeauftragte). Initiativen bewerten Anerkennung, Kommunikations- und Beteiligungsformate (z.B. Runde Tische, Stadtteilkonferenzen) sowie eine „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“. Als konkrete Beispiele werden u.a. die Beteiligung an der Entwicklung von Integrationskonzepten in Berlin und Wiesbaden genannt.

Hervorgehoben werden zudem die Aufbereitung und Bereitstellung von Informationen („Mehrere Newsletter der Stadt und von Initiativen erreichen fast alle Engagierten“), die zahlreichen Veranstaltungen von Kommunen, Kirchen, Stiftungen und Wohlfahrtsverbänden sowie andere „gute“ Projekte („Gute private Projekte sind alle die, die Begegnung und Begleitung bieten“). Häufig herausgestellt wird von den Befragten die Bedeutung von Koordinations- und Vernetzungsstrukturen („Die Einrichtung der Ehrenamtskoordinationsstelle bei der Stadt schaffte einen wichtigen Ankerpunkt und Vermittlungsrolle zwischen Stadt und Ehrenamt“), aber auch die Bedeutung konkreter Personen in Initiativen, Freiwilligenagenturen, Jobcentern oder Kommune. Die Offenheit von Qualifizierungsangeboten wird ebenfalls positiv bewertet („Fortbildungen sind in der Regel offen und werden über die Grenzen der eigenen Organisation hinaus beworben“).

Austausch und Kooperation werden am häufigsten als Beispiele guter Praxis genannt. Sie scheinen die Schlüsselressource in einem Feld zu sein, das durch eine Vielzahl von Akteuren und komplexe Herausforderungen gekennzeichnet ist. Hervorgehoben werden regelmäßige Treffen, gegenseitige Einladungen, gemeinsame Anträge und Petitionen sowie die gemeinsame Entwicklung von Projekten, Veranstaltungen und Fortbildungsprogrammen für Ehrenamtliche. Als Gelingensbedingungen von Kooperation werden vor allem die soziale Nähe vor Ort („Die Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Mitglieder unseres Koordinierungskreises. Die ist in den Vororten meist besser als im innenstädtischen Bereich – ‚man kennt sich‘“) und eine Begegnung auf Augenhöhe genannt („Lokale Akteure, die alle gleichwertig/gleichberechtigt/auf Augenhöhe an einem gemeinsamen Ziel/leider meistens Projekte arbeiten“).

Eine gelingende Vernetzung in der Kommune, im Stadtteil oder mit anderen Initiativen wird von sehr vielen Befragten als Beispiel guter Praxis hervorgehoben. Netzwerke werden als „hervorragende Verbindung der verschiedenen örtlichen und überörtlichen Aktivitäten und Informationen“ bewertet, die eine Grundlage für gemeinsame Fachtage für Ehrenamtliche, Aktionen in der Öffentlichkeit sowie Kooperationen bei Angeboten und Projekten seien. Insbesondere werden die Potenziale initiativen übergreifender Vernetzungsstrukturen betont (z.B. das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI) oder das Forum Willkommenskultur in Köln). Vereinzelt wird Vernetzung im Sinne von „reinem Austausch“ aber auch kritisch als „Zeitverschwendung“ bewertet: „Richtig gute Vernetzung? Ganz ehrlich: keine. Jeder muddelt so vor sich hin und teilt ab und zu mal den anderen mit, was er so macht.“ Wichtiger als die „institutionalisierte Herstellung persönlicher Vernetzungen“ sei die Entwicklung einer Haltung bei den beteiligten Akteuren, „dass man sich bei konkreten Anforderungen, Fragen, Aktionen gegenseitig hilft“ und ein „Vertrauensvorschuss an die Mitglieder anderer Institutionen.“

Weitere ausgewählte Antworten auf die Frage: „Was sind aus Ihrer Sicht Beispiele guter Praxis für Kooperation und Vernetzung in Ihrer Kommune?“

Kooperation

„Kooperationen in verschiedenen Stadtteilen, z.B. Integrations-AG. Aus diesem Kreis entstehen und entstanden viele verschiedene Projekte, z.B. ein Sprach- und Spielcafé mit durchschnittlich 40 bis 50 Teilnehmern, Fahrrad- oder Schwimmkurse, Sprachunterstützung, Patenschaften, verschiedene integrationsfördernde kulturelle Veranstaltungen etc.“ (Gemeinsam in Bremen).

„Unsere Zusammenarbeit mit dem Bürgerzentrum Ehrenfeld, dem Bürgeramt Ehrenfeld, dem IKD (Interkultureller Dienst) der Stadt, dem Jugendamt. Dadurch kurze Wege und möglichst unbürokratische Lösungen. Funktioniert bisher aber nur innerhalb des Stadtteils. Wenn eine unterstützte Person innerhalb der Stadt umzieht, wird es oft schon schwierig“ (Willkommen in Ehrenfeld, Köln).

„Der Beteiligungsprozess beim Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden 2017 bis 2020 war sehr hilfreich. Die Ergebnisse des Prozesses wurden dokumentiert und die Umsetzung kann immer wieder evaluiert werden. Die Kooperation mit den Ehrenamtlichen, aber auch innerhalb der Verwaltung wurde verbessert“ (Angekommen – Perspektiven für Geflüchtete, Freiwilligenzentrum Wiesbaden).

„Generell ist die Kooperation zwischen Initiativen im Gesundheitssektor in unserer Erfahrung eher schwierig, da häufig nicht genug Wissen über die genauen Arbeitsmöglichkeiten der anderen Organisationen besteht. Ein Beispiel für gute Zusammenarbeit ist unsere Kooperation mit einer lokalen

Streetwork-Organisation. Die Organisation verweist häufig Menschen mit medizinischem Bedarf an uns, ist aber stets aktiv an der Betreuung der Menschen und Sprachmittlung beteiligt“ (Medinetz Leipzig e.V.).

Vernetzung

„Die Kooperationsstelle für Geflüchtete der Freiwilligenagentur bietet eine optimale Vernetzung und Kooperationsmöglichkeiten“ (Initiativgruppe Café Amal der ev. Kirchengemeinde St. Briccus, Halle/Saale).

„Netzwerkplattform ‚Gemeinsam in Bremen‘ als hervorragende Verbindung der verschiedenen örtlichen und überörtlichen Aktivitäten und Informationen. ... Einrichtung eines Stadtteilkordinators als übergeordnetes Verbindungsglied und Berater zwischen den unterschiedlichen AktivistInnen und Einrichtungen“ (Unterstützerguppe Übergangwohnheim Corveystraße, Bremen).

„Unser Eindruck ist, dass alle Freiwilligenorganisationen in München sehr kommunikativ und aktiv sind. Viele von ihnen organisieren auch Demonstrationen, an denen wir zwar nicht teilnehmen, aber die ein gutes Beispiel für die Vernetzung sind“ (Refugee Law Clinic München).

„Köln verfügt a) über einen sehr engagierten und gut vernetzten Arbeitskreis Politik mit direkter Anbindung nach oben (Entscheidungsträger in der Stadtverwaltung) und unten (Willkommensinitiativen) und b) über das Kölner Forum für Willkommenskultur als Kooperationsprojekt der Kölner Freiwilligen Agentur und des Kölner Flüchtlingsrat. Es wird unterstützt von der Stadt Köln und durch den Verein ‚wir helfen‘“ (Willkommen in Rondorf, Köln).

„www.willkommen-in-muenchen.de ist ein sehr gutes Beispiel für die Vernetzung aller Akteure in der Stadt – auch dafür hat die Kommune ausreichend finanzielle Mittel bereitgestellt. Darüber hinaus gibt es in Zusammenarbeit mit einzelnen Organisationen z.B. gemeinsame Fachtage für Ehrenamtliche, gemeinsame Aktionen zur Öffentlichkeitsarbeit sowie enge Kooperation mit Bildungsträgern, die über uns Bedarfe der Geflüchteten und der Ehrenamtlichen erfahren“ (Fachstelle Volunteering/Ehrenamt in der Abteilung Hilfen für Flüchtlinge, Migration und Integration/Innere Mission München).

„Die Kommune hatte von Anfang an sehr starkes Interesse an der Zusammenarbeit mit uns. Ein Vertreter der Kommune nimmt regelmäßig an Treffen teil. Über ‚lokal willkommen‘, die städtischen Büros in den Stadtteilen, bekommen wir, die Ehrenamtlichen, eine hervorragende Unterstützung. So wurde z.B. ein Sommerfest des Café International, das von Ehrenamtlichen betrieben wird, massiv von der Stadt unterstützt und finanziell gefördert“ (Netzwerk Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe Dortmund).

„Das Ehrenamtskoordinatoren-Netzwerk (EAK) umfasst aktuell über 30 hauptamtliche Akteure aus 24 Initiativen in Leipzig. Begleitet und dokumentiert wird das quartalsweise EAK-Netzwerk-Treffen von einer Mitarbeiterin des Referats für Migration und Integration. An dieser wichtigen Schnittstelle fließen Informationen und es wird offen diskutiert, wo der Schuh drückt“ (Soziokulturelles Zentrum Die VILLA in Leipzig).

„Vernetzungstreffen führen zwar dazu, dass man viele interessante Leute kennenlernt, auch wichtige Dinge erfährt, aber es entsteht wenig Auswirkung auf die tägliche Arbeit. Die Forderung ‚Ihr müsst

euch vernetzen‘ geht dann an der Wirklichkeit vorbei. Wichtiger als die institutionalisierte Herstellung persönlicher Vernetzungen scheint mir, dass alle beteiligten Akteure eine Haltung entwickeln, dass man sich bei konkreten Anforderungen, Fragen, Aktionen gegenseitig hilft. Dazu gehört auch ein Vertrauensvorschuss an die Mitglieder anderer Institutionen. Oft habe ich den Eindruck, dass den anderen Beteiligten eher mit Misstrauen begegnet wird (auch von den Ehrenamtlichen). Wenn dies ausgeschaltet wird, entsteht automatisch eine Vernetzung, die in einem konkreten Problem auch tragfähig ist“ (Flüchtlingsinitiative Schlierberg, Freiburg).

Anregungen, Ideen und Wünsche der Initiativen

Die Anregungen und Wünsche der Initiativen beziehen sich häufig auf übergreifende Fragen der Integration, der Förderung von gesellschaftlicher Teilhabe und sozialem Zusammenhalt, aber auch auf die Verbesserung der Integration von Geflüchteten in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen. Viele betonen, dass die Integration von Geflüchteten einen langen Atem braucht und dass es noch viel zu tun gibt. Initiativen wünschen sich, dass sich wieder mehr Menschen engagieren, der Kreis der Engagierten diverser und das ehrenamtliche Engagement mehr gewürdigt wird. Migrantische Organisationen sollten zudem in ihrer Vielfalt und mit ihrem interkulturellen Mehrwert für die Stadt anerkannt und unterstützt werden. Gewünscht werden zudem eine ausreichende Infrastruktur und Versorgung von Geflüchteten (Kita- und Schulplätze, Ausbildungsplätze, Arbeitsvermittlung, medizinische Versorgung), eine Verbesserung staatlicher Strukturen und Leistungen, eine bessere Kommunikation von Beispielen guter Praxis und gelungener Integration. Gefordert werden zudem auch eine bedarfsorientierte und zielgruppenübergreifende Hilfe für Menschen in Not und ein Verzicht auf Abschiebungen vor allem gut integrierter Geflüchteter.

Pragmatischer Umgang mit dem Thema

„Ich wünsche mir einen pragmatischeren Umgang mit dem Thema und einen größeren Spielraum für die Entscheidungen vor Ort. Abschiebungen von gut integrierten Menschen sind für mich nicht akzeptabel und missachten auch das Engagement der Flüchtlingshelfer. Andererseits sollten wir auch Forderungen an Flüchtlinge stellen, z.B. Mithilfe bei der Gestaltung ihres Umfelds, vielleicht sogar eine Art sozialen Dienst, d. h. anstatt Untätigkeit bis zu den Entscheidungen aktive Arbeit für die Kommune. ... Das könnte auch die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern“ (Freundeskreis St. Christoph, Freiburg).

Integration als Herausforderung und Langzeitaufgabe

„Integration als Motivation und nicht nur als Belastung wahrzunehmen. Ehrenamtliche wollen mehr als warme Worte, nämlich, dass die öffentlichen Aufgaben auch weiterhin erfüllt und verstetigt werden und nicht wieder abgewälzt auf die Ehrenamtlichen. Derzeit ist zu beobachten, dass Politik meint, jetzt ist genug Geld ausgegeben für Integration“ (Unterstützerkreis Flüchtlingsunterkünfte Hannover e.V.).

„Integration ist – unabhängig vom mittlerweile in die Knie gegangenen Hype – eine Langzeitaufgabe, die nach wie vor ausreichend finanzielle Ressourcen und Knowhow im Bereich Freiwilligenmanagement benötigt. Die Einsetzung von einfachen ‚Koordinationskräften‘ reicht nicht aus. Die Gefahr von

*(Mängel-)Verwaltung, von Burnout in Ehrenamt oder die Demotivation engagierter Bürger*innen ist zu groß“ (Freiwilligenzentrum Region Kassel).*

„Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass man bei diesem Thema einen langen Atem hat – unsere Arbeit wird noch lange notwendig sein und wenn wir sie gut machen, gewinnen alle dadurch – nicht nur die Geflüchteten“ (Willkommen im Westend – Bündnis zur Unterstützung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in Charlottenburg, Berlin).

Weitere Anregungen und Wünsche der Initiativen beziehen sich auf die Förderung des ehrenamtlichen Engagements mit und von Geflüchteten („Ausbau der Wertschätzung und Würdigung des Potentials, das im bürgerschaftlichen Engagement steckt“; „Mehr Ehrenamtsunterstützung durch die Kommune, um Ehrenamt nachhaltig gestalten zu können“; „Geflüchtete mit ins Engagement einbinden, Integration durch Engagement“), die Förderung der Teilhabe von Geflüchteten durch Begegnung und Dialog („Mittel und Wege finden, sodass die Bevölkerung unsere neuen Nachbarn nicht ausgrenzt, sondern auf sie zugeht, aufnimmt und an unserm Leben teilhaben lässt“, die Förderung von Patenschaften („Patenschaften sind eine individuelle [und] effiziente Integrationsmöglichkeit) und eine stärkere Kommunikation von positiven Beispielen einer gelungenen Integration („Geschichten über die Integration von Geflüchteten ... und die ehrenamtliche Tätigkeit besser bekannt machen“).

Gewünscht werden auch eine flexible und längerfristige Förderung von Initiativen und Projekten („gute und unkomplizierte Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten“), um die Bedarfe der Geflüchteten und die Herausforderungen der Integration erfolgreich bewältigen zu können. Vielfach eingefordert werden auch eine Verbesserung staatlicher Strukturen und Dienstleistungen zur Unterstützung von Geflüchteten („die staatlichen Strukturen agieren zu langsam“; „bessere Schulung des Personals in den Ämtern für den Umgang mit Migrant*innen, „übersichtlichere und bessere Strukturierung der Abläufe bei Antragsverfahren“; Arbeitsverwaltungen müssen adäquater und flexibler auf berechtigte Anliegen der ehrenamtlichen Begleiter und der Flüchtlinge eingehen können“; „Arbeiten nach Wirkungsketten/merklichen Ergebnissen für die Betroffenen im Sinne eines Case-Management ist das Einzige, was wirklich weiter helfen würde bei der Begleitung von Flüchtlingen“).

Weitere Anregungen, Ideen und Wünsche: Ausgewählte Antworten auf die Frage: „Welche Anregungen, Ideen und Wünsche zum Themenkomplex Engagement / Flüchtlinge haben Sie darüber hinaus, die Sie uns mitteilen möchten?“

Ehrenamtliches Engagement

„Das Engagement Ehrenamtlicher ist (bei uns) seit 2016 wieder stark gesunken und nun auf dem Stand von vor 2015. Das hängt unseres Erachtens damit zusammen, dass in Medien und Politik vermittelt wird, dass weniger Leute kommen, da die Zahlen ja im Vergleich zu vor einigen Jahren gesunken sind. So wird weniger vermittelt, dass die immer noch Ankommenden Unterstützung brauchen, und auch die, die schon da sind, weiterhin Hilfe brauchen können, etwa bei Sprache lernen, sich zu rechtfinden, Behördengängen, Wohnungssuche. Die mediale Berichterstattung und der Fokus der Politik auf Außengrenzen führt, nach unserer Einschätzung, auch dazu, dass weniger potenzielle Ehrenamtliche glauben, noch helfen zu können, und so nicht beginnen, sich zu engagieren“ (Multitude e.V., Berlin).

„Wir müssten eigentlich alle Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe Dortmund erfassen – wir, die Ehrenamtlichen, schaffen das aber nicht. Das wäre in meinen Augen eine wichtige Aufgabe der Stadt. Und dann müsste die Stadt sich bei allen bedanken und sie alle zu einem Fest einladen. Außerdem könnten wir, das Netzwerk, dann an alle Ehrenamtlichen den Newsletter verschicken und so alle auf dem Laufenden halten. Bisher geht das leider nicht, da wir schlicht viele Ehrenamtliche nicht kennen. Es gibt aber viel mehr, als wir ahnen. Immer wieder treffe ich auf Ehrenamtliche, die ich nicht kannte. Der Anteil der nicht organisierten Ehrenamtlichen ist nicht gering“ (Netzwerk Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe Dortmund).

Förderung von Patenschaften

„Wir müssen gemeinsam durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit mehr Bewusstsein für die große Bedeutung schaffen, die eine Begleitung für den Integrationsprozess hat und so Menschen inspirieren, selbst Wegbegleiterin oder Wegbegleiter zu werden. Dafür brauchen wir Berichte in Wort und Bild und die zeigen, dass Mitmenschlichkeit für beide Seiten gewinnbringend sein kann. Wir brauchen die Kunst- und Kulturschaffenden in Berlin, die als Begleiterinnen und Begleiter mitmachen. So setzen wir eine Kampagne mit bekannten Gesichtern der Stadt um und begegnen so der kulturellen Herausforderung der Integration mit kulturellen Lösungen. Wir benötigen mehr Ausstellungen und Kulturveranstaltungen und schaffen darüber Aufmerksamkeit für die persönlichen Geschichten, die sich hinter jeder und jedem geflüchteten Menschen verbergen“ (Yadan Biad – Hand in Hand – Begleitung für Geflüchtete, DRK Kreisverband Schöneberg-Wilmersdorf, Berlin).

Begegnung und Dialog

„Integration hat mit Begegnung zu tun, von daher sollten Begegnungscafés (Sprachcafés etc.) besser gefördert werden. Die Cafés sind Orte der Begegnung, man lernt sich kennen und schätzen. Die Bereitschaft, Hilfe anzubieten und Hilfe anzunehmen, steigt und aus der Gemeinsamkeit heraus entstehen viele andere Dinge automatisch, die vorher mühsam organisiert werden mussten. Es gibt gute Beispiele für solch tolle Begegnungs- und Sprachcafés – mit einem ausgewogenen Verhältnis von Alt- und Neubremern. Auch Männer (ansonsten im Engagement eher selten) zeigen Interesse und sind mit knapp einem Drittel gut vertreten. Insgesamt sehr dynamisch, aus sich heraus entstehend“ (Gemeinsam in Bremen).

„Wir würden gerne neue Gesprächsformate entwickeln, um in den Dialog mit andersdenkenden Bürgern zu kommen. Dabei denken wir nicht an lupenreine Rassisten, sondern an die Milieus, die noch zu gewinnen wären. Bisher ist ja das liberale Bildungsbürgertum in der Flüchtlingsarbeit und -diskussion völlig überrepräsentiert. Auch die Flüchtlinge selber sprechen inzwischen gut genug Deutsch, dass echte Diskussionen möglich wären. Heikle Themen verlangen aber nach geschützten Räumen und professioneller Gesprächsführung – und da lauern sie schon wieder, die Personalkosten!“ (save me Bonn / Flüchtlingshilfe Bonn e.V.).

Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten von Initiativen

„Wir wünschen uns auch zukünftig gute und unkomplizierte Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten. Das Schwierige bei möglichen Förderungen ist bei uns oftmals, dass es viele gibt, diese jedoch oftmals zweckgebunden sind, somit für uns nicht infrage kommen. Eine ‚Basisförderung‘, um die fixen Kosten über einen längeren Zeitraum abdecken zu können, wäre wünschenswert“ (Ökumenische Initiative Zeitpaten e.V., Halle/Saale).

„Wir benötigen stabile finanzielle Grundlagen, um gut angelaufene Projekte weiterzuführen. Jetzt erst beginnt die eigentliche Integration der geflüchteten Menschen. Ihre Bedarfe und Probleme sind sehr vielfältig und hoch, sodass noch geraume Zeit Unterstützung nötig sein wird. Gerade im gesundheitlichen/psychischen Bereich brechen nun Flucht, Kriegserlebnisse, Verlassen von Heimat auf und müssen bearbeitet werden. Die Beratungen mit Sprachmittler/innen kosten zusätzliche Zeit, häufig ohne, dass der Stellenumfang angeglichen wird. Förderanträge haben teilweise hohe Zugangsbarrieren und sind ungewiss im Ausgang. Integration benötigt auch finanzielle Sicherheit für Träger von Angeboten“ (Sozialdienst katholischer Frauen e.V., Landeshauptstadt Wiesbaden).

„Zur Sicherung einer notwendigen längerfristigen Integrationsarbeit schlagen wir vor, den ehrenamtlichen Organisationen die Chance zur Teilnahme an öffentlicher Förderung als Aufwandsentschädigung zu ermöglichen – zum Beispiel durch Einbindung in den Bundesfreiwilligendienst oder vergleichbare Förderung wie Übungsleiter im Deutschen Sportbund“ (Flüchtlingshilfe Wuppertal-West e.V.).

Vernetzung der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer*innen

„Es wäre dringend angebracht einen landesweiten bzw. bundesweiten Verband oder ähnliches für Flüchtlingshelfer zu gründen, vielleicht beginnend mit lokalen Konferenzen in Hessen, etc. ...dies sollte möglichst unbürokratisch, offen und kreativ sein. Die Helfer sollten eine Möglichkeit bekommen ihre Stimme zu erheben bzw. gehört (zu) werden, diese Erfahrungen werden in der Öffentlichkeit zurzeit völlig ausgeblendet“ (Helferkreis Wiesbaden Auringen).

Erwartungen und Wünsche an Behörden

„Betreuungs- und Beratungsangebote haben sich verändert. Hier fehlt eine verlässliche und niederschwellige Angebotsstruktur im Bereich Beratung und Hilfe für die vielen Integrationsmotivierten, mehr in der Mitte ankommen zu können. Integrationskurse allein sind keine Lösung. Aber auch mehr Geduld auf allen Seiten wäre schön“ (Ehrenamtsagentur Gelsenkirchen e.V.).

„Schneller echte Perspektiven geben, auch wenn Verfahren in der Luft hängen. ... Die Betriebe müssen mehr, flexibler und zielgenauer Qualifizierungsangebote machen. Ausbildungsverkürzungen anbieten, Teilzeitausbildungen usw., Ausbildungsquoten festschreiben und Anteil von Menschen in Ausbildungsbausteinen erhöhen“ (Café Welcome e.V., Bielefeld).

„Außerdem sind unbedingt mehr Angebote an Sprachkursen verschiedener Niveaus mit Kinderbetreuung notwendig, insbesondere für viele Mütter mit Kindern (Flüchtlingshilfe-Team der Grafschafter Diakonie, Duisburg).

„Wir wünschen uns, dass Kinder nicht nur als ‚Begleiter_innen‘ ihrer Familien betrachtet werden, sondern viel mehr von ihren Interessen und Bedürfnissen ausgegangen wird (Thema Unterbringung, Bildung und Erziehung, Betreuung etc.)“ (Willkommen KONKRET – Berliner Bündnis für Kinder geflüchteter Familien, Berlin).

„Integration kann nur gelingen, wenn Menschen eine medizinische (Grund-)Versorgung (sprach)barrierefrei bekommen können. Dies sollte in allen Konzepten mit bedacht werden und am allerbesten einheitlich gelöst sein. Auf die Dauer können unbehandelte (Bagatell-)Krankheiten viel teurer sein als die initial benötigte Therapie“ (Netzwerk Asyl - und Fluchtmedizin in Leipzig und Leipziger Umland).

„Die Trennung von Flüchtlingen/ Nicht-Flüchtlingen/ Migranten/ Wirtschafts-/ Armutsflüchtlingen aufheben und stattdessen zu einer bedarfsorientierten Hilfe für Menschen in Not kommen, bei der Herkunft, Motivation usw. keine Rolle spielt“ (Petershof Marxloh, Duisburg-Marxloh).

„Die Ehrenamtlichen können nur gehalten werden, wenn die Arbeit nicht überhandnimmt. Einige Aufgaben müssen vom Staat / von der Kommune übernommen werden (wie es z.B. bei den Sprachkursen überwiegend schon geschehen ist), die von den Ehrenamtlichen vor allem im Bereich der Begegnung ergänzt werden sollten: (1) Es fehlen bezahlbare Wohnungen, nicht nur für Flüchtlinge; hier muss mehr investiert werden, auch und gerade vom Staat. (2) Es braucht ein gutes, praktikables Einwanderungsgesetz. (3) Flüchtlinge sollen arbeiten gehen dürfen. Dafür müssen auch diejenigen, die seit drei Jahren in Deutschland sind, mehr unterstützt werden. (4) Die Menschenrechte gelten für alle – auch für Flüchtlinge (dazu gehört z.B. Wohnraum, Arbeit, keine Diskriminierung)“ (Helferkreis Nürnberg-Langwasser).

Ausblick

Die Ergebnisse unserer Studie und der hier vorgestellten Befragung von Willkommensinitiativen zeigen, dass sich das enorme zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete der letzten Jahre auch über den Zenit der öffentlichen Aufmerksamkeit hinaus in vielen Formen verstetigen konnte. Es besteht in seinen derzeitigen Strukturen zu einem großen Teil stabil, auch wenn der ehrenamtliche Einsatz um die aktiven Kerne vieler Initiativen und Projekte abschmilzt. So dynamisch, wie sich neue Willkommensinitiativen entwickelt haben, konnten sie sich im Laufe der Zeit auch an veränderte Bedarfe anpassen: Sie haben inzwischen einen bemerkenswerten Bestand an Wissen, Expertise und Professionalität aufgebaut und konnten verschiedene Wege der Institutionalisierung und Verstetigung einschlagen, sodass sie sich als wichtiger Teil lokaler Integrationslandschaften etabliert haben. Die Aktivitäten und Wirkungen, die sie entfalten, werden an vielen Stellen jedoch von – überwiegend überlokal, politisch bedingten – strukturellen Hindernissen beschränkt, wozu insbesondere aufwendige Auseinandersetzungen mit Behörden und Bürokratie sowie der Zuschnitt finanzieller Fördermöglichkeiten gehören. Auch bemängeln Engagierte und Initiativen insbesondere vor dem Hintergrund eines veränderten gesellschaftlichen Klimas eine nur noch geringe Anerkennung und Wertschätzung ihrer Tätigkeit.

Von kommunaler Seite werden den Initiativen in den meisten Städten dabei aber nur wenige Steine in den Weg gelegt: Im Großen und Ganzen berichten die befragten Organisationen von einer unterstützenden Haltung der Kommunen, positiven Kooperationserfahrungen und einer engen Einbindung in lokale Netzwerke, was vielerorts entscheidend zur Nachhaltigkeit des Engagements beiträgt. Nicht überall gelingt es aber den Initiativen, auf kommunaler Ebene als Akteur auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden. Insbesondere in größeren Städten, in denen Wege länger und Verwaltungsstrukturen oder Zuständigkeiten tendenziell unklarer sind, haben es die neueren Initiativen schwer, ihren Platz zwischen etablierten Trägern und Verbänden einzunehmen und nicht nur als „unbequeme kritische Stimme“ wahrgenommen zu werden. Insgesamt wird aber sichtbar, dass eine strategisch ausgerichtete kommunale Engagement- und Integrationspolitik in vielen Städten entscheidend zur Stärkung und Verstetigung von Willkommensinitiativen beigetragen hat, eine Politik, die den zivilgesellschaftlichen

Eigensinn und die Beteiligungsansprüche der Engagierten anerkennt und respektiert, Zugänge zu Fördermöglichkeiten bietet und eine Verankerung im Stadtteil fördert sowie die Erfahrungen und Kompetenzen der Initiativen in die lokale Flüchtlings- und Integrationspolitik systematisch einbezieht.

Zu einer nachhaltigen Entwicklung und anhaltenden Motivation der Initiativen beigetragen hat aber auch ihr eigenes Selbstverständnis als einer mit vereinter Kraft agierenden sozialen Bewegung mit starkem gesellschaftlichen und sozialen Mitgestaltungsanspruch. Eng damit verbunden ist eine verbreitete Politisierung der Initiativenlandschaft, sodass selbst anfangs eher karitative, im engeren Sinne oder ihrer Selbstwahrnehmung nach ‚unpolitische‘ Akteure sich mittlerweile regelmäßig an politischen Auseinandersetzungen beteiligen, indem sie lokale Integrationsprozesse wie auch gesellschaftliche Entwicklungen mit kritischer Stimme begleiten, Missstände artikulieren und Lösungen einfordern. Die Geschehnisse und Rahmenbedingungen, die Geflüchtete, Engagierte und Initiativen einerseits belasten – von Integrationshemmnissen und restriktivem Behördenhandeln vor Ort über Abschiebungen bis hin zur europäischen Grenzpolitik – sind andererseits Triebfeder für ihr fortgesetztes Engagement.

Die Initiativen beweisen damit, dass sie gleichzeitig als politisches Korrektiv wie auch als lokale gesellschaftliche Mitgestalter einer kommunalen Integrations- und Teilhabepolitik agieren können. Auch wenn gegenwärtig nur wenig dafür spricht, bleibt ihnen zu wünschen, dass die Anlässe politischer Auseinandersetzungen zukünftig abnehmen und sie der (Zivil-)Gesellschaft und den Kommunen mit ihrem Gestaltungspotential erhalten bleiben. Für Politik und Verwaltung auf kommunaler, aber auch überlokaler Ebene gilt es, die Rahmenbedingungen dafür herzustellen.

Literatur und Studien zum Weiterlesen

- Ahrens, Petra-Angela 2017: Skepsis und Zuversicht. Wie blickt Deutschland auf Flüchtlinge? Hannover: Sozialwissenschaftliches Institut der EKD (SI)/creo-Media. Online verfügbar unter https://www.siekd.de/wp-content/uploads/2018/06/Skepsis_und_Zuversicht.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Allensbach 2017: Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete. Ergebnisse eines Berichts des Instituts für Demoskopie Allensbach. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/blob/122010/d35ec9bf4a940ea49283485db4625aaf/engagement-in-der-fluechlingshilfe-data.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Arant, Regina/ Dragolov, Georgi/Boehnke, Klaus 2017: Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] 2016: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten 2017. DIW Wochenbericht 17. Online Verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.534430.de/16-21.pdf (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)
- DIW [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung] 2017: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten 2017. DIW Wochenbericht 17. Online Verfügbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.556677.de/17-17.pdf (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)
- Gesemann, Frank/ Roth, Roland 2017: Erfolgsfaktoren der kommunalen Politik für Geflüchtete. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/13372.pdf> (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)
- Gesemann, Frank/ Schwarze, Kristin/Seidel, Alexander 2019: Städte leben Vielfalt. Fallstudien zum Zusammenhalt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Gesemann, Frank/ Seidel, Alexander/ Mayer, Margit 2019: Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen. Berlin: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung
- Hamann, Ulrike 2017: Eine neue soziale Bewegung? In: Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesprächsreihe „Migrationspolitik als Transformationsprojekt“. Online verfügbar unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/14864/eine-neue-soziale-bewegung/> (zuletzt abgerufen am 04.02.2019)
- Karakayali, Serhat 2017: Infra-Politik der Willkommensgesellschaft. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 3/2017, S. 16-24. Online verfügbar unter http://forschungsjournal.de/sites/default/files/downloads/fjsb_2017-3_karakayali.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Karakayali, Serhat 2018: Ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete in Deutschland. State-of-Research Papier 09. Verbundprojekt ‚Flucht: Forschung und Transfer‘, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC), Juni 2018. Online verfügbar unter <https://flucht-forschung-transfer.de/wp-content/uploads/2017/05/SoR-09-Karakayali.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)

- Karakayali, Serhat/ Kleist, J. Olaf 2015: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. 1. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. Online verfügbar unter https://www.bim.hu-berlin.de/media/2015-05-16_EFA-Forschungsbericht_Endfassung.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Karakayali, Serhat/ Kleist, J. Olaf 2016: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland (EFA) in Deutschland. 2. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage November/Dezember 2015. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. Online verfügbar unter https://www.bim.hu-berlin.de/media/Studie_EFA2_BIM_11082016_V%C3%96.pdf (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Schiefer, David 2017: Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland. Eine Studie des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) und der Robert Bosch Stiftung. Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2017/11/SVR-FB_Wie_gelingt_Integration.pdf (zuletzt abgerufen am 28.06.2019)
- Schiffauer, Werner/Eilert, Anne/Rudloff, Marlene (Hrsg.) 2017: So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld: transcript. Online verfügbar unter <https://www.transcript-verlag.de/media/pdf/8f/a6/0a/oa97838394382990959skoXUUNZE.pdf> (zuletzt abgerufen am 06.02.2019)
- Schiffauer, Werner/ Eilert, Anne/ Rudloff, Marlene (Hrsg.) 2018: So schaffen wir das. Eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Eine Bilanz. Bielefeld: transcript.
- SVR [Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration] 2018: Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018. Online verfügbar unter https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)
- Zick, Andreas/ Preuß, Madlen 2019: Einstellungen zur Integration in der Deutschen Bevölkerung – Dritte Erhebung im Projekt „ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit“. Essen/Bielefeld: Stiftung Mercator/Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). Online verfügbar unter https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/2019/2019_01/ZuGleichIII_Stiftung_Mercator_Langfassung.pdf (zuletzt abgerufen am 07.02.2019)

Anhang: Fragebogen



**DESI – Institut für
Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration**



Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.

Lokale Engagementlandschaften – Engagement für, mit und von Geflüchteten

**Befragung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Rahmen
des Projekts „Entwicklung und Nachhaltigkeit von
Willkommensinitiativen in deutschen Großstädten“**

Das Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) unterstützt Bund, Länder und Kommunen sowie zivilgesellschaftliche Akteure durch Expertisen, Gutachten und wissenschaftliche Begleitung in den Themenfeldern Stadt- und Quartiersentwicklung, Migration, Flüchtlinge, Integration und interkulturelle Öffnung, bürgerschaftliches Engagement, Beteiligung und Demokratieentwicklung sowie (frühkindliche) Bildung, Jugend und Familie. Ein besonderer Schwerpunkt liegt seit vielen Jahren in der Beratung und Begleitung von Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Konzepte zur Förderung von Demokratie, Integration und Vielfalt.

Liebe Engagierte,

im Rahmen des Projekts „Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen“ untersucht das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration im Auftrag des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, wie sich die vielfältige Engagementlandschaft für Geflüchtete in den vergangenen Jahren entwickelt hat, wie und in welchen Formen sich das Engagement verstetigen konnte und welche Vernetzungen zwischen Initiativen und anderen (kommunalen) Akteuren entstanden sind. Diese schriftliche Befragung von zivilgesellschaftlichen Initiativen ist ein wichtiger Bestandteil dieser Studie, die wir in Kooperation mit lokalen Partnern aus der Engagementlandschaft für Geflüchtete durchführen,

- um Ihre Einschätzungen zu erfragen,
- um Ihre Anregungen in die weitere Arbeit aufzunehmen,
- um Hinweise auf Erfolgsfaktoren und Beispiele guter Praxis zu erhalten,
- um auf Barrieren und Herausforderungen aufmerksam zu werden und daraus Empfehlungen abzuleiten,
- um Informationen zur Verbesserung von Strukturen und Prozessen zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie, sich etwas Zeit zu nehmen, um die folgenden Fragen zu beantworten. Die Befragung richtet sich an zivilgesellschaftliche Initiativen, Gruppen, Helferkreise und ähnliche Organisationen, die sich in den vergangenen Jahren in verschiedenen Formen für und mit Geflüchteten eingesetzt haben. Die Ergebnisse werden lokalen Initiativen und allen anderen Interessierten nach der Auswertung zur Verfügung gestellt. Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt. Die Antworten werden in anonymisierter Form verwendet. Dort, wo Rückschlüsse auf Personen möglich sind oder wünschenswert erscheinen, erfolgt eine Namensnennung nur in Rücksprache mit den Befragten.

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an Herrn Dr. Frank Gesemann, Projektleiter und Geschäftsführer von DESI wenden: Frank.Gesemann@t-online.de.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Frank Gesemann
DESI Geschäftsführer

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Basisdaten

Name der Initiative /
Gruppe / Organisation:

Ansprechpartner_in

E-Mail-Adresse:

Ergebnisbericht:

ja nein

Bitte informieren Sie mich per Mail über die Ergebnisse
der Umfrage bzw. der Studie.

A. ZIELE, RESSOURCEN, KOOPERATIONS- UND VERNETZUNGSERFAHRUNGEN

**A1. In welcher Stadt/welchem Stadtteil ist Ihre Initiative in der Unterstützung von
Geflüchteten aktiv?**

A2. Wann wurde Ihre Initiative gegründet?

Monat, Jahr

A3. Seit wann ist Ihre Initiative in der Flüchtlingshilfe aktiv?

(Unter Flüchtlingshilfe verstehen wir jegliche Form der Hilfe und Unterstützung für Geflüchtete).

Seit der Gründung der Organisation

Seit (bitte Monat und Jahr angeben)

**A4. Welche der folgenden Aussagen in Bezug auf Geflüchtete treffen auf Ihre Initiative oder
Organisation zu? Bitte alles Zutreffende ankreuzen!**

- Das Engagement für Geflüchtete ist ein Bestandteil unserer Arbeit.
- Unsere Organisation setzt sich überwiegend für die Belange von Geflüchteten ein.
- Unsere Organisation versucht gezielt, Geflüchtete als Mitglieder zu gewinnen.
- Unsere Mitglieder sind überwiegend Geflüchtete.

A5. Welche der folgenden Aussagen in Bezug auf Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund) treffen auf Ihre Initiative oder Organisation zu?

Bitte alles Zutreffende ankreuzen!

- Das Engagement für Integration und Teilhabe von Migrantinnen und Migranten ist ein Bestandteil unserer Arbeit.
- Unsere Organisation setzt sich überwiegend für die Belange von Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund) ein.
- Unsere Organisation versucht gezielt, Migrantinnen und Migranten als Mitglieder zu gewinnen.
- Unsere Mitglieder sind überwiegend Menschen mit Einwanderungsgeschichte (Migrationshintergrund).

A6. Welche Rechtsform hat Ihre Initiative (Gruppe, Helferkreis, Organisation etc.)?

- Informelle Gruppe
- Nicht eingetragener Verein
- Eingetragener Verein (e.V.)
- gemeinnützige Unternehmergesellschaft (UG)
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH oder gGmbH)
- Genossenschaft (eG oder geG)
- Stiftung
- Sonstige (bitte nennen)

A7. Ist Ihre Initiative als gemeinnützig anerkannt?

- Ja (bitte das Jahr angeben)
- Nein

A8. Ist Ihre Organisation Mitglied in einem Verband?

- Ja Wenn ja, in welchem?
- Nein

A9. Ist Ihre Organisation Mitglied in einem Netzwerk oder Zusammenschluss (z.B. auf lokaler/städtischer Ebene oder auch darüber hinaus)?

- Ja Wenn ja, bitte erläutern!
- Nein

A10. Wie viele Aktive hat ihre Initiative im Bereich der Flüchtlingshilfe?

- < 10 100 bis 250
 10 bis 25 250 bis 500
 25 bis 50 Über 500
 50 bis 100

A11. Wie groß ist darüber hinaus das interessierte/mobilisierungsfähige Umfeld?

(Personen, die nur unregelmäßig Aufgaben übernehmen, Angebote durchführen oder an Veranstaltungen teilnehmen)

- < 25 250 bis 500
 25 bis 50 500 bis 1.000
 50 bis 100 Über 1.000
 100 bis 250

A12. Welche Bedeutung haben die folgenden Aktivitäten und Angebote für die Arbeit Ihrer Initiative?

	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	mittlere Bedeutung	eher geringe Bedeutung	sehr geringe/keine Bedeutung
Erlernen der deutschen Sprache	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kinderbetreuung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kultur und Freizeitgestaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung beim Ausfüllen von Anträgen, Begleitung bei Behördengängen, Arztbesuchen o.ä.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung bei der Wohnungssuche	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mentoring und Patenschaften	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Unterstützung von Flüchtlingsunterkünften im Stadtteil	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Annahme und Ausgabe von Sachspenden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Information, Begleitung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Akquirierung von Geldspenden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Rechtliche Beratung v. Geflüchteten, Unterstützung im Asylverfahren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Begegnungs- und Dialogveranstaltungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Begegnungs- und Dialogveranstaltungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kommunikation mit Politik und Verwaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitgestaltung von kommunaler Flüchtlings- und Integrationspolitik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Politisches Engagement für Geflüchtete und Flüchtlingsrechte	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Mitwirkung in einem lokalen oder regionalen Netzwerk von Flüchtlingsinitiativen und Helferkreisen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Sonstige Unterstützung von Geflüchteten, nämlich					

A13. Verfügt Ihre Initiative im Bereich Flüchtlingshilfe über eine vergütete Stelle, beispielsweise zur Geschäftsführung oder Koordination?

Ja, im Umfang von _____

Nein

Weitere Erläuterungen:

A14. Gibt es Qualifizierungsangebote, die Sie zur Weiterbildung und Professionalisierung der aktiven Mitglieder ihrer Initiative nutzen?

Ja

Falls ja, bitte erläutern:

Nein

A15. Gibt es andere Ressourcen, auf die Sie zurückgreifen können, beispielsweise von Wohlfahrtsverbänden, Nachbarschaftseinrichtungen o.ä.?

Ja

Falls ja, bitte erläutern:

Nein

B. ENTWICKLUNGSDYNAMIK UND SELBSTVERSTÄNDNIS

B1. Wie würden Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Dynamik und zukünftige Arbeitsfähigkeit Ihrer Initiative bewerten?

stark wachsend	wachsend	stabil	schrumpfend	gefährdet
<input type="radio"/>				

Bitte erläutern Sie diese Einschätzung!

B2. Wie würden Sie das Selbstverständnis Ihrer Organisation beschreiben?

Wir verstehen uns als...	trifft voll zu	trifft zu	teils/teils	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
Mitgliederorganisation	<input type="radio"/>				
Sozialer Dienstleister	<input type="radio"/>				
Interessenvertreter	<input type="radio"/>				
Gemeinschaft Gleichgesinnter	<input type="radio"/>				
Teil einer sozialen Bewegung	<input type="radio"/>				
Akteur der politischen Willensbildung	<input type="radio"/>				
Förderorganisation	<input type="radio"/>				
Impulsgeber für sozialen Wandel	<input type="radio"/>				
Sozialunternehmen	<input type="radio"/>				
Sonstiges					

B3: Welche Aspekte prägen die Arbeit, das Selbstverständnis und die Ziele Ihrer Initiative in Bezug auf Geflüchtete?

Wir möchten...	sehr zutreffend	eher zutreffen	teils/teils	eher nicht zutreffend	gar nicht zutreffend
... Geflüchtete unterstützen.	<input type="radio"/>				
... Ehrenamtliche unterstützen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren.	<input type="radio"/>				
... Geflüchtete stärken und zur Beteiligung ermutigen.	<input type="radio"/>				
... uns mit anderen Initiativen vernetzen.	<input type="radio"/>				
... unabhängig von anderen Akteuren/Organisationen im flüchtlingspolitischen Feld bleiben.	<input type="radio"/>				
... mit anderen Akteuren (wie z.B. Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden) in der Kommune kooperieren.	<input type="radio"/>				
... uns mit überörtlichen Akteuren und Initiativen vernetzen.	<input type="radio"/>				
... bestehende Angebotslücken schließen.	<input type="radio"/>				
... innovative Projekte entwickeln.	<input type="radio"/>				
... uns als Beratungsstelle professionalisieren.	<input type="radio"/>				
... uns als Projektträger etablieren.	<input type="radio"/>				
... uns als Initiative im Stadtteil (z.B. im Rahmen eines Nachbarschaftszentrums) verankern.	<input type="radio"/>				
... mit kommunalen/staatlichen Strukturen zusammenarbeiten.	<input type="radio"/>				
... die Arbeit kommunaler/staatlicher Stellen verbessern.	<input type="radio"/>				
... politische Aktionen starten (Pressemittlungen, Demonstrationen...).	<input type="radio"/>				
... für mehr öffentliche Aufmerksamkeit/Wahrnehmung von Interessen Geflüchteter sorgen.	<input type="radio"/>				
... die Gesellschaft mitgestalten, in der wir zukünftig leben.	<input type="radio"/>				
Sonstige Unterstützung von Geflüchteten, nämlich					

B4: Für wie wichtig halten Sie die Zusammenarbeit mit ... für das Engagement/das Gelingen ihrer Initiative? (Unabhängig davon, wie gut und häufig Sie tatsächlich zusammenarbeiten)

	sehr wichtig	wichtig	unwichtig	nicht notwendig	nicht erwünscht
anderen lokalen Initiativen	<input type="radio"/>				
Kirchengemeinden	<input type="radio"/>				
Wohlfahrtsverbänden	<input type="radio"/>				
Migrantenorganisationen	<input type="radio"/>				
Ämtern/Behörden	<input type="radio"/>				
Stadtverwaltung	<input type="radio"/>				
überlokalen Akteuren und Initiativen					

Bemerkungen

B5. Wie eng und häufig arbeiten Sie mit ... zusammen?

	eng	gelegentlich	nie	früher einmal	nicht notwendig	nicht erwünscht
anderen lokalen Initiativen	<input type="radio"/>					
Kirchengemeinden	<input type="radio"/>					
Wohlfahrtsverbänden	<input type="radio"/>					
Migrantenorganisationen	<input type="radio"/>					
Ämtern/Behörden	<input type="radio"/>					
Stadt/Kommune	<input type="radio"/>					
überlokalen Akteuren und Initiativen	<input type="radio"/>					

Bemerkungen

B6. Wie würden Sie das Verhältnis zu ... beschreiben? Funktioniert die Zusammenarbeit alles in allem reibungslos oder gibt es ab und zu Probleme oder sogar häufig Probleme?

	Verhältnis ist reibungslos	ab und zu Probleme	häufig Probleme	keine Zusammenarbeit
anderen lokalen Initiativen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kirchengemeinden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wohlfahrtsverbänden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Migrantenorganisationen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Ämtern/Behörden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Stadt/Kommune	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
überlokalen Akteuren und Initiativen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Bemerkungen

B7: Wie bewerten Sie die Aktivitäten der Kommune, Engagement für Geflüchtete anzuregen, zu begleiten und zu koordinieren?

sehr unterstützend	eher unterstützend	teils/teils	weniger unterstützend	gar nicht unterstützend
<input type="radio"/>				

Bemerkungen

B8: Wie bewerten Sie die Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände in Ihrer Kommune, Engagement für Geflüchtete anzuregen, zu begleiten und zu koordinieren?

sehr unterstützend	eher unterstützend	teils/teils	weniger unterstützend	gar nicht unterstützend
<input type="radio"/>				

Bemerkungen

B9. Wie bewerten Sie die Zugänglichkeit von finanziellen Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten von ... für Ihre Initiative?

	problemlos	aufwändig, aber bei Bedarf möglich	zu aufwändig für uns	stehen nicht zur Verfügung	benötigen wir nicht
Privatpersonen (Spenden)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kirchen und Kirchengemeinden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wohlfahrtsverbände	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Wirtschaft und von Unternehmen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Kommune	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Land	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bund	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Stiftungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Andere (bitte erläutern)					

B10. Nutzen Sie Möglichkeiten, um auf integrations- und flüchtlingspolitische Fragen in Ihrer Stadt einzuwirken (beispielsweise Stadtteilforen, Runde Tische o.ä.)?

ja nein

Wenn ja, welche Möglichkeiten nutzen Sie?

C. ERFOLGSFAKTOREN UND ZUKUNFTSWÜNSCHE

C1. Welche Bedingungen tragen derzeit in Ihrer Stadt zu einem Gelingen der Arbeit Ihrer Initiative bei?

C2. Welche Hindernisse sehen Sie derzeit in Ihrer Stadt für die Arbeit Ihrer Initiative?

C3. Welche Unterstützung wünschen Sie sich für Ihre Initiative und von wem?

C4. Was sind aus Ihrer Sicht Beispiele guter Praxis für Kooperation und Vernetzung in Ihrer Kommune?

C5: Welche Anregungen, Ideen und Wünsche zum Themenkomplex Engagement/ Flüchtlinge haben Sie darüber hinaus, die Sie uns mitteilen möchten?

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Impressum

Herausgeber: **DESI – Institut für Demokratische Entwicklung
und Soziale Integration**
Nymphenburger Str. 2
10825 Berlin

Der Herausgeber

Das DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration (DESI) ist ein privates sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut, das sich für die Förderung von Zivilität und bürgerschaftlichem Engagement sowie die Weiterentwicklung und Verwirklichung von Bürger- und Kinderrechten einsetzt. Zu den Schwerpunkten von DESI gehören wissenschaftliche Expertisen, Evaluationen und Wirkungsanalysen von Programmen und Projekten sowie die Beratung und Begleitung von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Arbeits- und Forschungsschwerpunkte des Instituts liegen in den Themenfeldern Demokratie und Zivilgesellschaft, Engagement und Beteiligung, Migrations- und Integrationspolitik, Stadt- und Quartiersentwicklung sowie Kinder, Familie und frühpädagogische Institutionen.

Die Autoren

Dr. Frank Gesemann ist Diplom-Politologe und Mitbegründer sowie Geschäftsführer des DESI-Instituts. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Engagement und Beteiligung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Integrationspolitik von Bund, Ländern und Kommunen sowie kommunale Bildungs- und Sozialpolitik.

Alexander Seidel ist M.A.-Humangeograph und arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am DESI-Institut. Seine Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen soziale Stadtentwicklung und Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure.

ISBN: 978-3-9821139-0-6